

FOSTER DULLES

Stärke der Freien Völker

Der Aufsatz des amerikanischen Außenministers John Foster Dulles ist in der Aprilnummer der amerikanischen Zeitschrift „FOREIGN AFFAIRS“ erschienen.

Seit dem zweiten Weltkrieg haben sich die Vereinigten Staaten der schwierigen Aufgabe gegenüber gesehen, politische Wege zu finden, die auf Sicherheit und Frieden gerichtet sind und gleichzeitig ihren Traditionen entsprechen sollten. Niemals zuvor hat eine große Nation ihre Denkweise und ihre Handlungen so radikal und in einem so kurzen Zeitraum berichtigen müssen.

Während des 19. Jahrhunderts lag die Aufrechterhaltung von Frieden und Ordnung weitgehend bei Großbritannien mit seiner Marine und dem System von Marinestützpunkten, die es in die Lage versetzten, schnell und wendig in der ganzen Welt zu operieren. Durch angemessene Handels-, Investitions- und Geldpolitik trieben Großbritannien und andere Länder mit ihrem Kapitalüberhang den wirtschaftlichen Aufschwung in unterentwickelten Ländern voran. Die französische Revolution hatte die Menschen aufgerüttelt, die Menschenrechte und die Grundfreiheiten zu respektieren und zu fördern. Auch die Vereinigten Staaten lieferten hierzu ihren Beitrag. Unser Volk widmete seine Energien weitgehend seinen inneren Angelegenheiten; nicht deshalb, weil es ihm an anderen Gelegenheiten gefehlt hätte, sondern weil es glaubte, daß das, was unsere Gründer die „Führung und das Beispiel“ der Freiheit nannten, überall einen befreienden Einfluß haben würde. Tatsächlich traf dies zu. Das „große amerikanische Experiment“ war eine Quelle der Hoffnung und der Anregung für alle Menschen und ganz besonders für diejenigen, die unter dem Despotismus leben. Unser dynamisches Beispiel der Freiheit hatte viele unseren Reihen zugeführt und andere in der alten und in der neuen Welt dazu gebracht, unserem Vorbild nachzueifern.

Alle diese Einflüsse trugen dazu bei, der Welt relativen Frieden und Sicherheit für die Dauer der 100 Jahre zwischen dem Ende der napoleonischen Kriege und dem Beginn des ersten Weltkrieges zu bringen. Während dieses Zeitraumes hat es manche Fortschritte hinsichtlich der Ausübung der politischen Freiheit gegeben. Und allgemein gab es in der ganzen Welt einen großen Aufschwung des materiellen und des sozialen Wohlstandes.

Die Ereignisse des 20. Jahrhunderts und ganz besonders die beiden Weltkriege und ihre Folgen haben eine vollkommen neue Situation geschaffen. Die Vereinigten Staaten haben in weitem Maße eine Verantwortlichkeit für die Führung übernommen, in die sich in der Vergangenheit mehrere Nationen geteilt hatten. Heute lastet in einem einzigartigen Ausmaße eine dreifache Aufgabe auf uns. Einmal besteht sie darin, die Sicherheit gegen einen neuen Weltkrieg herzustellen, zum zweiten die guten Früchte der Freiheit zu demonstrieren, die die Herrschaft der Despoten durch ihren Gegensatz untergraben und zum dritten einen sehr großen Teil der Anstrengungen zu übernehmen, die für das gesunde Wachstum der unterentwickelten Gebiete erforderlich sind.

Die Eisenhower-Regierung übernahm eine Politik der Sicherheit, die von Wert war. Manches an dieser Politik hatte zwiespältigen Charakter.

Sie spiegelte eine nationale Erkenntnis der Gefahr wieder, der sich die zivilisierte Welt gegenüber sah, eine gemeinsame Entschlossenheit, ihr zu begegnen und die Annahme der Rolle der Führerschaft, die uns durch die Ereignisse zugefallen war. Wir hatten dabei geholfen, die durch den Krieg erschütterte Wirtschaft anderer Länder wieder aufzubauen. Ferner hatten wir einen sehr großen Beitrag geleistet, indem wir der Aggression in Korea entgegentraten. Angesichts der sowjetischen Bedrohung waren wir verpflichtet, unsere militärische Stärke und die anderer freier Länder wiederaufzubauen. Diese und ähnliche Maßnahmen waren kostspielig. Aber sie waren notwendig für unsere Sicherheit. Allerdings haftete ihr viel von dem Charakter einer Notlage an. Mit dem Jahre 1953 ergab

INHALT DIESER BEILAGE:

- Foster Dulles:
Stärke der Freien Völker
- Adelbert Weinstein:
Die Türkei, eine strategische Bastion (S. 141)
- José Ignacio Escobar Marques de Valdeiglesias:
Spanien in Europa (S. 144)
- Theodor Eschenburg:
Kurze Geschichte der Weimarer Republik (S. 148)

sich die Notwendigkeit, unsere Pläne für die Sicherheit nochmals zu überprüfen und unsere fortgesetzten militärischen Anstrengungen auf die übrigen Erfordernisse für eine wohl abgerundete, stetige Politik auszurichten.

Unter unseren gegenwärtigen Lebensbedingungen ist es nicht leicht, eine vollkommene Ausgewogenheit zwischen den militärischen und den nicht-militärischen Bemühungen zu erreichen und diejenige Art der militärischen Anstrengung auszuwählen, die uns am besten dient. Das Wesentliche ist, zu erkennen, daß eine zwingende Notwendigkeit dafür besteht, unter Berücksichtigung der Sicherheit die militärischen Ausgaben auf ein Mindestmaß zu beschränken, so daß ein Höchstmaß an Freiheit als eine dynamische Kraft gegen den Despotismus wirksam werden kann. Dies ist das Ziel unserer Politik.

Die uns drohende Gefahr ist nicht solcher Art, daß man ihr mit Notmaßnahmen allein wirksam begegnen könnte. Es ist eine Gefahr, die lange Zeit bestehen bleiben kann. Wir müssen unser Handeln danach richten.

Die sowjetische Bedrohung spiegelt nicht die ehrgeizigen Pläne eines einzigen Herrschers wider und ihre Größe kann nicht an dessen Lebenserwartung gemessen werden. Es gibt keinen Beweis, daß die Politik der Sowjets seit dem Tode Stalins fundamentale Wandlungen erfahren hat, und in der Tat stellte die Berliner Konferenz vom Februar einen positiven Beweis für das Gegenteil dar.

Die Aktiva, die hinter dieser Bedrohung stehen, sind gewaltig. Der Block der von Kommunisten beherrschten Länder — eine neue Form imperialistischer Kolonialherrschaft — stellt eine riesige, zusammenhängende Landfläche mit einer 800 Millionen zählenden Bevölkerung dar. Ungefähr zehn Millionen Männer stehen in den aktiven Truppenteilen unter Waffen und dazu kommen weiter viele Millionen ausgebildete Reservisten. Die strategische zentrale Position dieser Landstreitkräfte ermöglicht einen Angriff auf jedes von etwa 20 Ländern entlang einer Linie von über 30 000 Kilometern. Ergänzt werden diese Bodentruppen durch immer stärker werdende Luftstreitkräfte, die mit Atomwaffen ausgerüstet sind, und deren Aktionsradius, bis über die nördlichen Gebiete der Arktis hinausgehend, unsere Industrie-Zentren in die Gefahr eines plötzlichen Angriffs bringt.

Die Bedrohung ist nicht nur militärischer Art. Die sowjetischen Machthaber verfügen in der ganzen Welt über den Partei-Apparat des internationalen Kommunismus. Er wird mit ausgebildeten Agitatoren und einer machtvollen Propaganda-Organisation unterhalten. Er nützt jede Art der Unzufriedenheit aus, gleichgültig ob es sich um politische Unzufriedenheit über das „Kolonialsystem“ oder um soziale Unzufriedenheit über die wirtschaftlichen Bedingungen handelt. Er versucht, die bestehende Ordnung durcheinander zu bringen und den Weg für politische Coups zu ebnet, durch die von Kommunisten geführten Gruppen zur Macht verholfen werden soll.

Mit den verschiedensten Manövern und Drohungen, militärischer und politischer Art, versuchen die sowjetischen Machthaber, die freie Welt zu spalten und zu schwächen. Weiterhin versuchen sie, die politischen Maßnahmen der freien Nationen als gescheitert erscheinen zu lassen, indem sie diese zu starken Belastungen aussetzen, die — wie Lenin es ausdrückt — „über ihre Kraft“ gehen. „Dann“, sagt Lenin, „ist unser Sieg gewiß“. „Dann“, sagte Stalin, „ist der Augenblick für den entscheidenden Schlag gekommen“.

Es ist nicht leicht, politische Maßnahmen zu finden, mit denen dieser so starken und ungeheuren, so vielseitigen und anhaltenden Gefahr begegnet werden kann. Die Lösung liegt nicht darin, daß man den Schein der Freiheitsfackel durch den Glanz des Stahls ersetzt.

Gemeinsame Verteidigung

Der Eckpfeiler der Sicherheit für die freien Nationen muß ein kollektives Verteidigungssystem sein. Es ist ganz klar, daß sie einzeln keine Sicherheit erzielen können. Keine einzelne Nation kann für sich selbst eine Verteidigungsmacht von ausreichendem Umfang und ausreichender Beweglichkeit aufbauen. Ein solcher Versuch würde — ohne die notwendige Sicherheit zu geben — jede Nation zum Garnison-Staat werden lassen.

Dies trifft für die Vereinigten Staaten zu. Ohne die Unterstützung der Alliierten würden wir sogar nicht in der Lage sein, eine wirkungsvolle Vergeltung gegen die Rüstungsindustrie einer angreifenden Nation durchzuführen. Dazu bedarf es der internationalen Zusammenarbeit. Ohne sie verliert unsere Luftstreitmacht viel von ihrer Schlagkraft; mit ihr wird die strategische Luftmacht das, was Sir Winston Churchill „das größte Abschreckmittel“ nennt. Ihm schrieb er die Sicherheit Europas während der letzten Jahre zu. Solche Macht stellt zwar jetzt einen ausschlaggebenden Faktor dar, aber es könnte sein, daß ihr die gleiche Bedeutung nicht für alle Zeiten zukommt. Außerdem sind massiv geführte Vergeltungsmaßnahmen mit Atom- und Wasserstoffbomben nicht Machtmittel solcher Art, die unter allen Umständen am wirkungsvollsten angewandt werden können.

Die Sicherheit der freien Welt hängt demnach eher von dem weiteren Ausbau der gemeinsamen Sicherheit und der gemeinsamen Streitkräfte ab als von dem Kräftepotential einzelner Nationen. Jede Nation, die an dieser Sicherheit teilhat, sollte daher je nach ihren Kräften und Möglich-

keiten das Ihre dazu beitragen. Der inter-amerikanische Beistandspakt (Rio-pakt) von 1947 war das erste Nachkriegsbeispiel eines Paktsystems, nach dem jeder bewaffnete Angriff gegen eines der Mitglieder als Angriff gegen alle angesehen wird. Der Nordatlantikpakt ist auf denselben Grundsätzen aufgebaut. Die an diesem Vertrag Beteiligten sind sogar viel weiter gegangen, indem sie im Rahmen eines integrierten Sicherheitssystems gemeinsame Streitkräfte aufgestellt und allen zur Verfügung stehende Verteidigungsmöglichkeiten geschaffen haben. Die NATO erstellt bedeutende Luft- und Marinesstützpunkte, zu deren Ausbau alle Mitgliedstaaten — jeder nach seinen Mitteln und Möglichkeiten, — Beiträge leisten können. Die Nordatlantik-Gemeinschaft liefert außerdem die Flugzeuge, Schiffe und Waffen, die von diesen Stützpunkten aus eingesetzt werden können. Sie schafft viele Positionen, von denen aus ein Angreifer auf die verschiedenste Art und Weise bedrängt werden kann, so daß er es aus Gründen der Klugheit kaum wagen dürfte, seine Kräfte auf ein einzelnes Opfer seines Angriffs zu konzentrieren.

Während in der Nordatlantikpakt-Gemeinschaft das Konzept der kollektiven Sicherheit bereits verwirklicht ist, ist es in anderen Gebieten erst im Stadium der Entwicklung begriffen, zur Zeit noch in einer etwas rudimentären Form. Ein Beispiel dafür ist der westliche Pazifik, wo die Vereinigten Staaten eine Reihe von Verträgen zur kollektiven Sicherheit abgeschlossen haben, die nunmehr Australien, Neuseeland, die Philippinen, Japan und Korea einschließen. Eine andere Verteidigungsgemeinschaft gruppiert sich zur Zeit im Mittleren Osten um den Kern Türkei-Pakistan. Diese Entwicklungen zeigen, daß dieses Konzept der kollektiven Sicherheit immer mehr Anhänger gewinnt.

Die Vereinten Nationen sind bestrebt, der kollektiven Sicherheit eine Basis zu geben, die mehr umfaßt als einzelne Gebiete. Schöpfer der Idee des gemeinsamen Handelns waren die Vereinten Nationen, und mehr als die Hälfte ihrer Mitglieder haben sich diesem Prinzip angeschlossen, darunter die 16 Staaten, die bewaffnete Streitkräfte nach Korea entsandten, um die Aggression abzuwehren. Die Resolution über die „Vereinigung für den Frieden“, die im November 1950 von der Generalversammlung akzeptiert wurde, war ein Ergebnis dieser Erfahrungen. Diese Resolution ermöglicht es den Mitgliedern der Vereinten Nationen, gegen zukünftige Aggressionen ähnliche gemeinsame Maßnahmen zu treffen, ohne von dem Veto der Sowjetunion daran gehindert zu werden.

Das von der freien Welt errichtete Stützpunkt-System gehört zu den Maßnahmen für die kollektive Sicherheit. Herr Molotow hat diese Stützpunkte während der Berliner Vier-Mächte-Konferenz wiederholt als Beweis für Aggressionsabsichten angegriffen. Tatsächlich verkörpern diese Stützpunkte auf Territorien anderer souveräner Länder nichts anderes als einen Teil des kollektiven Sicherheitssystems. Sie wurden nur auf Ansuchen dieser Länder hin errichtet und von ihnen hängt es ab, wann und wie sie benützt werden dürfen. Die Zustimmung zur Benützung würde niemals gegeben werden, solange dies nicht in Antwort auf eine offene Aggression geschähe und durch die Art und Reichweite dieses Angriffs zu rechtfertigen wäre. Dadurch wird die Funktion dieser Basen als gemeinsame Aktionspunkte gewährleistet.

Die Strategie der Verhinderung eines Angriffs

Es bleibt die Frage: Wie soll die freie Welt ihre Verteidigung aufbauen, um mit minimalem Kosteneinsatz ein Maximum an Sicherheit zu erzielen? Der Kern des Problems liegt jetzt darin, den Angriff zu verhindern. Dazu ist es unserer Meinung nach nötig, daß wir einer angreifenden Macht keinen Zweifel darüber lassen, daß die Verluste, die sie durch den Angriff erleiden würde, eventuelle Gewinne überwiegen würden.

Wenn die freie Welt versuchen würde, den starken Verbänden der kommunistischen Streitkräfte an jedem Punkt, an dem sie angreifen, Verbände von gleicher Truppen- und Materialstärke entgegenzusetzen, würde dies selbst mit Hilfe kollektiver Maßnahmen nicht gewährleistet sein. Dem sowjetisch-chinesischen Block mangelt es nicht an Truppen und er verschwendet sein Menschenmaterial wie billige Ware. Wenn ein Angreifer sicher wäre, daß er die Kampfbedingungen vorschreiben und uns in Kämpfe verwickeln könnte, bei denen es hauptsächlich auf die Truppenzahl ankommt, könnte dies zu einer Aggression ermutigen. Er könnte versucht sein, uns mit solchen Mitteln und an solchen Stellen anzugreifen, wo seine überlegene Truppenstärke den Gang der Kampfhandlung ent-

scheiden und wo er uns mit geringen Kosten große Lasten auferlegen könnte. Wenn sich die freie Welt diese Strategie aufdrängen ließe, führte sie sich selbst zum Bankrott und würde lange Zeit keine Sicherheit erlangen können.

Die freie Welt muß zu ihrer Verteidigung eine bessere Taktik ausarbeiten, die sich auf die Mittel stützt, in denen sie sich überlegen weiß. Die Stärke der freien Welt liegt hauptsächlich bei den Luft- und Seestreitkräften, bei den Atomwaffen, die jetzt auf vielerlei Gebieten eingesetzt werden können, und nicht mehr allein bei der Bombardierung strategisch wichtiger Punkte, sondern auch in der Gefechts-handlung eine bedeutende Rolle spielen. Die freie Welt muß neue Einsatzmöglichkeiten für die abschreckenden Eigenschaften dieser Waffen finden und das Kräftepotential der kollektiven Sicherheit voll ausnützen. Richtig eingesetzt könnte sie eine starke Verteidigung aufbauen, die imstande ist, sofort und wirksam jede Aggression zu vergelten.

Im Hinblick auf die Verhinderung eines Angriffs ist es wichtig, daß man die Beweglichkeit und die strategischen Möglichkeiten besitzt, die verschiedene Abwehraktionen gewährleisten. In vielen Fällen würde ein offener kommunistischer Angriff einen allgemeinen Krieg auslösen. Aber die freie Welt muß die Mittel besitzen, um Ort und Zeit ihrer Gegenmaßnahmen selbst zu bestimmen. Sie darf sich nicht in eine Lage drängen lassen, in der es keine andere Antwort mehr gibt als den allgemeinen Krieg. Wesentlich ist dabei, daß sich eine angreifende Macht im vorhinein darüber im klaren ist, daß sie durch einen Angriff mehr einbüßen würde als sie möglicherweise damit gewinnen könnte. Das aber erfordert den Aufbau eines Verteidigungssystems, in dem die örtliche Verteidigung jederzeit durch beweglichere, abschreckende Einsatzkräfte verstärkt werden kann. Wie dieses System im einzelnen auszusehen hat, hängt von der Beschaffenheit der verschiedenen Gebiete ab.

Manche Gebiete sind so lebenswichtig, daß ein besonderer Schutzwall um sie herum gebildet werden sollte und gebildet werden kann. Westeuropa ist ein solches Gebiet. Seine Industrieanlagen sind von so großer Bedeutung für das wirtschaftliche Gleichgewicht in der Welt, daß ein Angreifer zu der Ansicht gelangen könnte, es sei ein kluger Schachzug sich seiner zu bemächtigen — sogar auf die Gefahr hin, sich selbst dabei erhebliche Verletzungen zuzuziehen. In dieser Hinsicht ist Westeuropa einzigartig. Glücklicherweise haben die westeuropäischen Länder sowohl eine militärische Tradition als auch ein großes Militärpotential, so daß sie durch eine europäische Verteidigungsgemeinschaft und mit Unterstützung der Vereinigten Staaten und Großbritanniens eine ausreichende Verteidigung des Kontinents schaffen können.

Die meisten Gebiete innerhalb der Reichweite eines Aggressors bieten ihm weniger als der Verlust beträgt, den er durch wohlgedachte Vergeltungsmaßnahmen erleiden würde. Jedoch selbst in solchen Gebieten wird die lokale Verteidigung stets wichtig sein. In jedem gefährdeten Gebiet sollten geeignete Abwehrkräfte zur Aufrechterhaltung der Ordnung bei Umsturzgefahr und zur Abwehr anderer Formen indirekter Aggression und unerheblicher Aggression von seiten der Satellitenstaaten vorhanden sein. Diese Abwehrkräfte sind notwendig; sie bekunden den Willen zum Widerstand und zwingen jeden Angreifer seine wahre Absicht durch einen Kampf zu erkennen zu geben, der ihn vor der ganzen Welt brandmarkt und sofortige kollektive Maßnahmen auslöst. Etwaige Aggressoren haben wenig Respekt vor Völkern, die nicht gewillt sind, für ihre eigene Sicherheit zu kämpfen oder die Opfer zu bringen, die notwendig sind um diesem Kampf Bedeutung zu verleihen. Sie wissen ebenso, daß solche Völker keine Verbündeten finden, die für ihre Sache zu kämpfen bereit sind. Aus all diesen Gründen ist die lokale Verteidigung wichtig. In solchen Gebieten muß jedoch das Schwergewicht auf der Macht der freien Gemeinschaft liegen, die mit starker Kraft Vergeltung üben kann und zwar mit den Mitteln und auf den Schauplätzen, die sie bestimmt.

Ein etwaiger Aggressor wird zögern, eine Aggression zu starten, wenn er im voraus weiß, daß er hierbei nicht nur die Kräfte aufs Spiel setzt, die er in seinem Angriff einsetzen will, sondern auch seine übrigen Machtmittel ihres „geheiligten“ Status beraubt. Das bedeutet nicht, daß jeder lokale Krieg einen Weltkrieg entfesselt. Es bedeutet auch nicht, daß im

Falle eines kommunistischen Angriffs auf irgendein Gebiet in Asien notwendigerweise Atom- oder Wasserstoffbomben auf die großen Industriezentren Chinas oder Rußlands geworfen werden. Es bedeutet vielmehr, daß die freie Welt die kollektiven Mittel aufrechterhalten und gewillt sein muß, sie so wirksam zur Anwendung zu bringen, daß eine Aggression hierdurch zu gewagt und kostspielig wird um verlockend zu erscheinen.

Es wird manchmal behauptet, daß dieses System unzulänglich sei, da es einem besetzten Land lediglich garantiert, daß es schließlich befreit und der Eindringling bestraft wird. Diese Ansicht trifft nicht den Kernpunkt. Es ist vielmehr so, daß ein etwaiger Angreifer höchstwahrscheinlich keinen Überfall wagen wird, wenn er glaubt, daß der mögliche Verlust und der zu erwartende Gewinn einander die Waage halten. Ein System, das die etwaigen Aggressoren zwingt, sich diese Tatsache vor Augen zu führen, bildet die unerläßliche Ergänzung eines lokalen Verteidigungssystems.

Praktische Anwendungen

Die ersten Anzeichen der Nutzenanwendung dieser Politik lassen sich bereits beobachten.

In Korea waren die gegen die Aggression eingesetzten Streitkräfte so stark eingeeengt, daß es ihnen sogar verboten war, feindliche Flugzeuge, die jenseits des Yalu-Flusses stationiert waren, zu verfolgen. Die Flugplätze, von denen aus die Angriffe gestartet wurden, waren tabu, ebenso die Nachschublinien und -lager. Die Kampfhandlungen wurden dort schließlich im Juli vergangenen Jahres unter Bedingungen abgebrochen, die bereits viele Monate vorher vorgeschlagen worden waren. Dieses Ergebnis wurde, zumindest teilweise, erzielt, da sich der Angreifer, dem territoriale Gewinne bereits verweigert worden waren, vor die Möglichkeit gestellt sah, daß die Kämpfe, sehr zu seiner eigenen Gefahr, sich bald über die von ihm festgelegten Grenzen und Methoden hinaus in Gebieten und unter Bedingungen abspielen könnten, die wir selbst bestimmen würden. Mit anderen Worten, das Prinzip der Anwendung von Methoden unserer eigenen Wahl stand nahe vor seiner Verwirklichung, und es half den Krieg zu beenden, den der Gegner begonnen und, gestützt auf die Theorie, daß es ein abgegrenzter Krieg auf Schauplätzen und unter Voraussetzungen seiner eigenen Wahl sei, geführt hatte.

Die 16 Mitglieder der Vereinten Nationen, die in Korea kämpften, haben das gleiche Prinzip verfolgt. Sie haben öffentlich bekannt gegeben, daß in dem Falle einer Verletzung des Waffenstillstandes und einer Erneuerung der Aggression durch die Kommunisten die Erwiderung des Kommandos der Vereinten Nationen sich nicht unbedingt auf Korea beschränken werde. Wenn daher die Aggression wieder fortgesetzt würde, hätte das UN-Kommando heute keinerlei Bedenken, dem Angreifer schwerste Vernichtungen auch außerhalb des Gebietes zuzufügen, das er gerade für seinen Angriff wählt. Das braucht nicht die Ausbreitung des Atomkrieges über ganz Asien zu bedeuten. Man sollte nicht vorher bereits die genauen Absichten der militärischen Handlungen im Falle einer neuen Aggression bekannt geben. Dies ist eine Angelegenheit, über die man den Aggressor besser im Unklaren lassen sollte. Aber er kann und soll wissen, daß im Lichte der gegenwärtigen Politik in einem solchen Falle nicht er, sondern wir bestimmen werden.

Bezüglich Indochina haben die Vereinigten Staaten öffentlich erklärt, daß eine offene Aggression der rotchinesischen Armee in diesem Gebiet „schwerwiegende Konsequenzen, die sich möglicherweise nicht auf Indochina beschränken“, nach sich ziehen würde.

Am 26. Dezember 1953 gab Präsident Eisenhower eine wichtige Erklärung ab, die klar unsere gegenwärtige Politik in bezug auf Asien reflektierte. Er kündigte einen progressiven Abzug amerikanischer Landstreitkräfte in Korea an. In seinen weiteren Ausführungen betonte er jedoch, daß die Militärstreitkräfte der Vereinigten Staaten im Fernen Osten nunmehr „hochbewegliche Marine-, Luft- und Amphibien-Einheiten“ besitzen werden; und er fügte hinzu, daß die Vereinigten Staaten auf diese Weise trotz des Abzuges einiger Landstreitkräfte über eine Kapazität verfügen werden, die jeder Aggression „sogar wirkungsvoller als bisher“ begegnen kann. Im gleichen Monat bekräftigten die Vereinigten Staaten abermals ihre Absicht, von dem uns durch den japanischen Friedensvertrag zugestandenen Recht Gebrauch zu machen und in Okinawa zu bleiben. Dieser Stützpunkt ist notwendig zur Sicherung

wirkungsvoller Einsätze im Sinne der Erfüllung der Konzeption der kollektiven Sicherheit.

In Europa kommen unsere Ziele vor allem im Nordatlantikpakt zum Ausdruck. Im Anschluß an die Aggression in Korea vom Juni 1950 schritten die Mitglieder des Paktes zu einer aus der Situation notwendig gewordenen Verstärkung der militärischen Kräfte in Westeuropa. Diese in der Zeit zwischen 1950 und 1953 ausgebaute militärische Stärke hat sich zur Erhaltung des Friedens gut bewährt. 1953 schien es nicht mehr notwendig, diesen ursprünglich eingeschlagenen Weg weiter zu verfolgen.

Auf der Sitzung des Nordatlantikrates im April 1953 setzten die Vereinigten Staaten eine neue Konzeption fest, die heute als das „Programm auf lange Sicht“ bekannt ist. Es bedeutet eine ständige Weiterentwicklung der defensiven Kraft, und zwar in einem Ausmaß, das der wirtschaftlichen Kraft unserer Alliierten ebenso wie unserer eigenen angemessen ist und sie nicht übersteigt. Diese Entwicklung würde unterstützt durch das Vorhandensein neuer Waffen mit ungeheurer gesteigerter Zerstörungskraft sowie durch den wirkungsvollen Einsatz von Luftstreitkräften von Stützpunkten aus, über die man sich auf internationaler Basis einigt. Präsident Eisenhower sucht nun durch einen Zusatz zu dem bestehenden Gesetz einen Weg zu einem freieren Austausch der Atominformationen mit unseren NATO-Verbündeten zu finden. Als wir zu den Sitzungen des Nordatlantikrates vom vergangenen Dezember zurückkehrten, konnten wir eine allgemeine Zustimmung zu dem „Programm auf lange Sicht“ feststellen. Das Ergebnis ist, daß die meisten unserer NATO-Verbündeten nunmehr in der Lage sind, eine Budget- und Wirtschaftsstabilität zu erreichen, ohne in stärkerem Umfang von unserer Wirtschaftshilfe abhängig zu sein.

Das erstarkende Verteidigungssystem der freien Welt, gestützt auf gemeinsame Bemühungen und gekoppelt mit entsprechenden Richtlinien für ihren Einsatz, spiegelt die bisher höchste Annäherung der Welt an das Ziel, eine wirkungsvolle Verteidigung mit einem Minimum an Kosten zu erreichen.

Das gegenwärtige Militärprogramm

Eine der grundlegenden Aufgaben der neuen Regierung ist es gewesen, unser militärisches Programm im Lichte der früheren Politik zu überprüfen.

In den Jahren 1945–53 waren unsere militärischen Programme starken Schwankungen unterworfen, welche eine ordnungsgemäße und wirksame Verwaltung behinderten. Während des ersten Abschnittes dieses Zeitraumes ging die Politik dahin, die Streitkräfte drastisch zu verringern. Während des späteren Teils dieses Zeitraumes lief die Politik darauf hinaus, die militärische Stärke rasch zu erhöhen. Sowohl während der Demobilisierung als auch während der Verstärkung spiegelte das Militärbudget den Gedanken des sogenannten „Gleichgewichts der Heeresteile“ wider. Einfacher ausgedrückt, bedeutete das die Aufteilung der zur Verfügung stehenden Mittel in drei einigermaßen gleiche Teile für die Armee, die Flotte und die Luftstreitkräfte.

Als die Regierung Eisenhower die Amtsgeschäfte übernahm, waren für die Durchführung unserer nationalen Sicherheitsprogramme im In- und Ausland jährlich über 50 Milliarden Dollar erforderlich, und für das folgende Jahr waren dafür rund 55 Milliarden Dollar veranschlagt. Es ergaben sich Fehlbeträge im Budget in Höhe von 10 Milliarden Dollar, obgleich die Steuern denen der Kriegszeit vergleichbar waren. Inflationserscheinungen verringerten die Kaufkraft des Dollars. Unsere Verbündeten wurden in ähnlicher Weise belastet.

Das amerikanische Volk hat wiederholt bewiesen, daß es bereit ist, jegliche Opfer zu bringen, die notwendig sind, um unsere nationale Sicherheit zu gewährleisten. Es würde zweifellos Militärausgaben in der Höhe auf sich nehmen, die ihm seine Regierung als unerläßlich für die Aufrechterhaltung seiner Sicherheit bezeichnen würde, und zwar selbst um den Preis von Fehlbeträgen im Budget, von daraus sich ergebendem inflationistischem Druck und Steuersätzen, die den wirtschaftlichen Ansporn beeinträchtigen würden. Aber der patriotische Opferwille ist nicht etwas, das man ohne Not in Anspruch nehmen soll. Die Regierung hat die hohe Verpflichtung, unter Zuhilfenahme aller Mittel und ihrer ganzen Erfindungsgabe nach Wegen zu suchen, die Sicherheit, ohne gleich-

zeitige, das wirtschaftliche und soziale Wohl gefährdende Opfer, gewährleisten. Die Sicherheitspolitik, die wir hier beschreiben, ermöglicht die Aufstellung von Programmen, die hinsichtlich der Zusammensetzung der Streitkräfte und der Materialbeschaffung größere und wirksamere Möglichkeiten bieten.

Die neue Regierung hat sich bemüht, auf ordnungsmäßigem Wege das Programm für die militärischen Streitkräfte den Bedürfnissen wieder anzupassen. Bevor dies geschehen konnte, war es erforderlich, Klarheit darüber zu schaffen, in welchem Umfange wir uns auf die kollektive Sicherheit verlassen können; war es ferner notwendig, unsere grundlegende Strategie sowohl in Europa als auch in Fernost eindeutiger zu definieren; unsere Aktionsfreiheit in bezug auf die Zurückweisung künftiger Aggressionshandlungen zu behaupten; die Wirkungsmöglichkeiten neuer Arten von Waffen abzuschätzen; und schließlich die Zusammensetzung und den Umfang unserer sofort und künftig verfügbaren Streitkräfte in ein richtiges Verhältnis zu allen diesen Faktoren zu bringen.

Das alles hat Zeit in Anspruch genommen. Es war eine Reihe schwieriger grundlegender Entscheidungen von Seiten des Präsidenten erforderlich unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Nationalen Sicherheitsrates und befürwortender Entscheidungen des Außenministeriums, des Verteidigungsministeriums und des Finanzministeriums. Es war notwendig gewesen, in einen Gedankenaustausch mit Führern des Kongresses und mit unseren Hauptverbündeten einzutreten und die Weltmeinung so zu unterrichten, daß weder unsere Freunde noch unsere Gegner im Ausland unser Handeln falsch auslegen konnten. Jetzt aber ist der neue Kurs festgelegt und bildet die Richtschnur für unsere militärische Planung. Nunmehr erst ist es möglich, mit geringeren Ausgaben ein größeres Maß an fundamentaler Sicherheit zu haben und zu geben. Dies fand seine Bestätigung in dem Haushaltsplan, den der Präsident für das Rechnungsjahr 1955 unterbreitet hat. In diesem Plan betragen die Ausgaben für die nationale Sicherheit für das Rechnungsjahr 1955 45 Milliarden Dollar gegenüber 50 Milliarden Dollar für 1953 und 49 Milliarden Dollar für 1954.

Anfangs wurde diese Neugestaltung des militärischen Programms in verschiedener Hinsicht falsch ausgelegt. So meinten einige, daß die Vereinigten Staaten beabsichtigten, sich vollkommen auf den strategischen Bombenkrieg großen Ausmaßes als einziges Mittel zur Verhinderung und Abwehr einer Aggression zu verlassen. Diese irrierte Ansicht sollte durch das, was bereits gesagt wurde, eindeutig widerlegt sein. Die Kräfte für einen massiven Einsatz werden immer in einem Zustand sofortiger Bereitschaft gehalten werden, und unser Programm läßt eine weite Skala von Möglichkeiten hinsichtlich der Mittel und des Umfanges offen, um einer Aggression zu begegnen. Andere interpretierten das Programm als eine Abkehr vom System der kollektiven Sicherheit. Das genaue Gegenteil ist, wie bereits aufgezeigt, der Fall. Unsere Politik basiert weitgehend auf einem System der kollektiven Sicherheit und der Erfolg hängt von ihrer Fortführung ab. Wieder andere fürchteten, daß wir im Interesse einer größeren Beweglichkeit beabsichtigen, unsere Truppen aus Übersee abzuziehen. Jetzt, nach Beendigung der Kampfhandlungen in Korea, werden unsere Streitkräfte im Fernen Osten, so wie wir es schon früher ankündigten, zahlenmäßig reduziert werden. Diejenigen Truppenkontingente jedoch, die auch weiterhin dort bleiben werden, verfügen über eine große Kampfkraft. Dieses Programm hat außerdem nicht den Abzug unserer Streitkräfte in Europa zum Ziel. Es ist natürlich wichtig, daß auch die Nationen des Kontinents ihrerseits eine harmonische Streitmacht im Rahmen eines gemeinsamen Verteidigungssystems aufstellen. Wenn sie dies tun, dann kann man auch von den Vereinigten Staaten erwarten, daß sie ihrerseits beträchtliche Kräfte in Europa behalten werden, und zwar sowohl in Unterstützung einer Strategie der vorgeschobenen Verteidigung als auch aus politischen Gründen.

Eine andere Auswirkung unserer neuen Politik ist, daß wir jetzt in der Lage sind, die Wirtschaftshilfe an unsere Verbündeten herabzusetzen. Das Programm für technische Hilfe wird fortgesetzt, und auch die Wirtschaftshilfe selbst wird nicht vollkommen eingestellt werden. Es gibt immer noch einige Gebiete nahe der sowjetischen Machtsphäre, wo die Regierungen der betreffenden Länder ohne unsere Hilfe nicht in der Lage sind, ausreichende Streitkräfte zu unterhalten. Das trifft

besonders für den Mittleren und Fernen Osten zu. Wir haben weitgehend bereitwillig und, wie ich hoffe, auch konstruktiv dazu beigetragen, die Aggression in Indochina aufzuhalten und die Freiheit zu sichern. Der Einsatz, um den es dort geht, ist so groß, daß man sich schuldig machen würde, wenn man die Streitkräfte, die gegen die kommunistische Versklavung kämpfen, nicht unterstützen würde. Allgemein gesprochen jedoch, ist die bisherige Wirtschaftshilfe in Form nichtrückzahlbarer Darlehen im Begriff, als Hauptbestandteil unserer Außenpolitik zu verschwinden. Dies ist in vielerlei Hinsicht wünschenswert, denn dadurch ist es uns möglich, unser eigenes Budget besser zu handhaben und eine internationale Zusammenarbeit des gegenseitigen Respekts zu schaffen.

Das ist es, was unsere Verbündeten wollen. Handel, größere Märkte und ein Strom von Investitionskapital sind weitaus gesünder als Leihabkommen zwischen den Regierungen. Es ist natürlich wichtig, daß wir auch wirklich den für alle Teile vorteilhafteren Ersatz für die bisherige „Hilfe“ schaffen. Dies zu erreichen ist eines der Hauptziele der Regierung Eisenhower und ein wesentlicher Bestandteil der bereits beschriebenen Gesamtpolitik.

Unser nationales Ziel

Wir erheben natürlich keinen Anspruch darauf, irgendeine Zauberformel, die gegen alle Arten des Kommunismus erfolgreich ist, gefunden zu haben. Der Despotismus hat seine Stellung ausgebaut wie nie zuvor. Er bleibt aggressiv, ganz besonders in Asien. In Europa sind seine Ziele expansionistisch, wie dies aus Mr. Molotows Plänen, für Deutschland, Österreich und das gesamte Europa auf der Berliner Konferenz hervorging. Aber sowohl Zeit als auch die grundlegenden Umstände selbst werden für uns arbeiten, so wir es nur zulassen.

Die Diktatoren stehen einer unlösbaren Aufgabe gegenüber, wenn sie sich darauf einlassen, die Möglichkeiten, die aus dem Strom der

Freiheit kommen, über weite Strecken und auf lange Zeit hinaus abzdrosseln. Wir können sicher sein, daß auch innerhalb des sowjetischen Einflussesbereiches in aller Stille Machtkämpfe zwischen den Diktatoren und der großen Masse des Volkes im Gange sind. Der Kampf des einzelnen freilich scheint ein hilfloses Unterfangen; aber ihr vereintes Wollen bildet eine gewaltige Macht. Es sind gewisse Anzeichen dafür vorhanden, daß die sowjetischen Herrscher in einigen nationalen Fragen sich den Wünschen des Volkes werden beugen müssen. Da sind die Versprechen von besserem und mehr Essen, mehr Haushaltswaren, mehr wirtschaftlicher Freiheit. Das bedeutet nicht etwa, die Diktatoren hätten sich bekehren lassen, aber sie beginnen wohl zu ahnen, daß der Macht ihrer fortgesetzten Knebelung des menschlichen Geistes Grenzen gesetzt sind.

Diese Wahrheit sollten wir nicht aus den Augen verlieren, wenn wir unsere eigenen politischen Entscheidungen treffen. Unser nationales Ziel ist nicht allein zu überleben in einer Welt voller unheilvoller Gefahren. Wir wollen dieser Ära der Angst ein Ende setzen. Wir werden dies nicht allein durch die Schaffung einer großen Militärmacht, die unentbehrlich ist für unsere Verteidigung und zur Verhinderung jeden Angriffs, erreichen. Aber das Schwert des Damokles schwebt weiter über unseren Häuptern. Der einzige Weg, diese Gefahr auf friedlichem Wege zu bannen, ist zu zeigen, daß Freiheit nicht nur Schießgewehre produziert, sondern allen seelischen, geistigen und materiellen Reichtum in sich birgt, den die Menschen sich erwünschen.

Das sind die Grundsätze, die uns leiten mögen. Wir haben die Zuversicht, daß, wenn unsere Nation sich beharrlich nach ihnen richtet, die Freiheit in ihrem jahrhundertalten Kampf mit dem Despotismus wieder die Oberhand gewinnen und damit die Gefahr des Krieges mehr und mehr schwinden wird.

ADELBERT WEINSTEIN

Die Türkei, eine strategische Bastion

Der türkische Außenminister hat sich dieser Tage erneut gegen den Neutralismus ausgesprochen. Die Nüchternheit der allgemeinen politischen Lage gegenüber, die aus dieser Haltung spricht, ist das Kennzeichen der türkischen Politik überhaupt. Die moderne Türkei weiß, daß der entscheidende Teil der Politik der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts Militärpolitik ist. Die übermäßige Rüstung des östlichen russischen Nachbarn im Verein mit dem radikalen, ideologischen Führungsanspruch des Kreml lassen keine illusionäre Politik der Verständigung zu. Sie haben zu dem zwar betrüblichen aber nicht wegzuleugnenden Zustand geführt, daß jeder Staat, zumal dann, wenn er sich unmittelbar im Ausstrahlungsbereich der Sowjetunion, also in einem ihrem Interessengebiet angrenzenden Raum, befindet, nur zwei politische Entscheidungen fällen kann: Entweder er gibt dem Druck der Sowjets nach und leitet damit aus Furcht oder aus Unkenntnis der roten Gefahr oder aus Mangel an Empfinden für echte Freiheit den eigenen Selbstmord ein. Der Beginn einer solchen Politik ist schon die politische Konzeption des Neutralismus. Oder aber ein Volk schließt sich in einer der großen militärischen Allianzen mit anderen Nationen zusammen, die ihre Freiheit erhalten wollen. Die Türken haben sich für die Freiheit entschieden und deshalb konsequent eine Militärpolitik verwirklicht, die ihnen im Vorfeld des atlantischen Systems nun eine Sonderrolle einräumt.

Es ist nicht ganz einfach für die Türken gewesen, den Westen zu überzeugen, daß sie in die atlantische Abwehrorganisation hinein-

gehörten. Ankara hatte vor allem mit Widerständen aus London zu kämpfen. Die Engländer vertraten die Auffassung, die Türkei sei ihrer geographischen Lage entsprechend nie nur ein atlantischer Sperrriegel, sondern vielmehr auch eine Art strategischen Sprungbretts, von dem aus ohne weiteres ein Angriff vorgetragen werden könnte. Das aber widerspräche dem defensiven Charakter des Atlantikpaktes.

Nun war dieser englische Einwand keineswegs aus der Luft gegriffen. Mit der Türkei hat der freie Westen wirklich eine unvergleichlich starke Bastion in seinen Abwehrring einbezogen, die mehr ist als nur eine Festung. Von den türkischen Basen können die Jagdverbände aufsteigen und die strategischen Bombergeschwader, etwa aus Marokko, bis in die Höhe von Warschau, — einen der großen sowjetischen Versorgungs- und Transportzentren — begleiten oder abholen. In der Türkei sind jetzt Fluganlagen im Entstehen, von denen aus mit den modernsten, amerikanischen Maschinen die sowjetische Rüstungsindustrie mühelos angefliegen werden kann. Die Türkei verfügt zudem über eine militärische Elite, die nicht nur als Abwehrkraft eingesetzt werden kann. Diese Möglichkeiten scheinen uns jedoch im Gegenteil entscheidende Gründe dafür zu sein, die Türkei nicht etwa als Partner abzulehnen, sondern sie auf alle Fälle in dem Organismus der Abwehr der Freien Welt zu erhalten.

Als sich England gegen die Einbeziehung der Türkei in das atlantische System sträubte, hatte der Westen noch nicht mit seiner Verteidigungsplanung im Mittelmeer Schiffbruch erlitten. Großbritannien, das noch

heute englische Politik und Mittelmeerpolitik gleichsetzt, hatte in Erinnerung an seine führende Rolle in diesem Raum und der ihm aus der Geschichte überlassenen Aufgabe, die Verbindungslinien zur See nach dem Fernen Osten zu schützen, versucht, eine Art Nah-Ost-Pakt zu organisieren. Dieser Pakt sollte sich an die atlantische Gemeinschaft räumlich, wie politisch und militärisch anschließen. Diese Pläne sind nicht verwirklicht worden. Der Angelpunkt dieses Systems hätte Kairo werden sollen. Man hatte gehofft, daß von dort die Initiative ausgehen könnte, die arabischen Länder zusammenzufassen, um so einen islamischen, antikommunistischen Block zu bilden. Eine führende Rolle der Türkei hätte eine solche Planung fast ausgeschlossen. Ägypten sieht in Ankara immer noch die legitime Nachfolgerin des türkischen Reiches, dem es einmal als Untertan angehörte.

Die politischen Unstimmigkeiten unter den einzelnen Völkern des Nahen Ostens, die sich nur in ihrer gemeinsamen Ablehnung ihres Feindes Israel einig sind, haben einer Verwirklichung eines größeren arabischen Bündnisses außerdem entgegengestanden. Dazu kam die wirtschaftliche Unentwickeltheit mancher Gebiete, ihre nach westlicher Auffassung zurückgebliebene staatliche Ordnung und die Wirklichkeit, daß ihre militärische wie ökonomische Stärke in keinem Verhältnis zu ihrem politischen Anspruch steht. Eine gewisse Ablehnung der alten Kolonialmacht England und ein Mißtrauen gegenüber den sich zwar antikolonialistisch gebärdenden Vereinigten Staaten, von denen man aber doch eine neue Form des Kolonialismus, eine Art Kapitalimperialismus fürchtete, dürften mit verantwortlich sein für den negativen Ausgang des Versuchs. Außerdem sprengten Kräfte, mit denen man nicht gerechnet hatte, den westlichen Start, im Mittelmeer eine durchgehende antibolschewistische Front zu schaffen. Indien begann mit seinen Ideen, eine neutrale Machtgruppe zwischen Ost und West und in den arabischen Ländern zu schaffen, Freunde zu gewinnen.

Sicherlich wären die Vereinigten Staaten dennoch nicht so schnell auf den Ausweg gekommen, anstelle des sich versagenden Kairo, Ankara den Antrag zu machen, Sammlerin einer Abwehrorganisation zu werden. Erst die beispielhafte Einsatzfreudigkeit der türkischen Brigade in Korea zeigte der freien Welt demonstrativ, welche Freunde und Partner man bisher vernachlässigt hatte.

Nur in einem politisch abgedeckten System

Damals war die Türkei zwar schon in das atlantische System aufgenommen worden, ihr Aufstieg als strategische Macht begann aber erst mit Korea. Die Türken hatten sich bis zu ihrer Eingliederung in die atlantische Abwehrorganisation ihrerseits mit Leidenschaft dagegen gewehrt, etwa nur Flotten- oder Luftbasis der Vereinigten Staaten zu werden, ohne die politische Sicherung, in eine die westliche Welt umfassende militärische Allianz einbezogen zu sein. Denn während noch die englischen Träume einer Nah-Ost-Allianz geträumt wurden, hatte die amerikanische Luftwaffe schon den Wunsch geäußert, in der Türkei Luftstützpunkte anzulegen. Sie hatte allerdings dabei gefordert, daß dann auch die Meerengen von der amerikanischen Kriegsmarine gesichert würden. Die Marine hatte aber verlangt, daß sie bei solchen Planungen, denen sie sich nicht abgeneigt zeigte, erwarte, daß die Meerengen infantenistisch durch amerikanische Divisionen gesichert würden.

Solchen Forderungen konnte die Türkei niemals nachkommen ohne ein allumfassendes Bündnis, das politisch abgestützt war. Das Risiko, dem sich das Land sonst im Hinblick auf den östlichen Gegner ausgesetzt hätte, mußte ausgeglichen werden durch die Garantie des gesamten Westens, mitzurückzuschlagen. In zähen Verhandlungen hat die Türkei die Interessenten und seine Interessen aufeinander abgestimmt. Als die Türkei dann Mitglied der atlantischen Organisation geworden war, wurde sie sofort der Eckpfeiler im Südosten.

Schutz der Meerengen

Als wichtige Aufgabe sieht Ankara an, den Sowjets den Zugang zum Mittelmeer zu versperren. Der Zugriff zu den Meerengen ist im Zeitalter der raumgreifenden Waffen keineswegs nur noch durch eine direkte Abwehr zur See zu verhindern. Viel wahrscheinlicher müßte der türkische Generalstab eine sowjetische Offensive aus Bulgarien erwarten,

die mit Masse längs der griechisch-türkischen Grenze nach Süden ausgelöst werden könnte.

Ein Blick auf die Karte zeigt, daß an dieser Stelle ein roter Angriff auf das Meer durchaus möglich ist, und die Meerengen von hinten, von der Landseite her, aufgerissen werden könnten. Dieser Abschnitt, der sich von Gallipoli über Kesan durch das türkische und griechische Thrazien nach Saloniki erstreckt, ist zu verteidigen. Zerklüftete hohe Gebirgszüge gehen bis dicht an das Meer. Es gibt nur wenige Straßen, das Eisenbahnnetz ist völlig unzureichend. Das Erschweren zwar das Vordringen eines Feindes; die Versorgung der eigenen Front nach Norden, vor allem eine Verschiebung von Truppen, Gut und Material parallel zur Front ist jedoch ebenfalls sehr erschwert und im großen Stil nur mit Hilfe der Flotte möglich. Wichtig vom taktischen Gesichtspunkt aus ist außerdem, daß die politische Grenze zwischen Griechenland und der Türkei schon für die militärische Vorbereitungszeit im Frieden fällt und im Ernstfall einfach nicht mehr existieren darf. Das bedeutet schließlich, daß in diesem Raum die benachbarten Truppen der Türken und Griechen unter einem gemeinsamen Befehlshaber operieren müssen, dem nicht nur die Erdverbände, sondern auch die Luftstreitkräfte und ein Teil der Marine zu unterstehen haben.

Verbrüderung

Ankara und Athen, in der Atlantikpaktorganisation vereint, haben nun mit viel diplomatischem Geschick und noch mehr politischer Weitsicht, aber auch mit dem Aufgebot aller Energie dieses Problem gelöst. Beide Staaten haben eingewilligt, daß das Kommando in diesem Abschnitt der atlantischen Front einem gemeinsamen Befehlshaber und zwar — einem amerikanischen General übertragen wurde. Der Amerikaner, der sich dieser schwierigen Aufgabe unterzog, war General Wyman.

Wir haben General Wyman bei den türkischen Manövern in Thrazien im vergangenen Jahr sehen und sprechen können. Die Vereinigten Staaten verfügen über einen Generalstyp, der wie ihr jetziger Präsident, Diplomat und Militär zugleich ist. Wyman, der sich in Korea auszeichnete und dort das achte Korps führte, hat es in meisterhafter Form verstanden, die verschiedenen nationalen Interessen in seinem Befehlsbereich auf das gemeinsame Ziel abzustimmen. Nun haben ihm das Verständnis der beiden Generalstäbe in Ankara und Athen geholfen. Ihnen ist vor allen die mehr politische als militärische Demonstration zu verdanken, bei der sich im Oktober 1953 ein türkisches und ein griechisches Bataillon auf der thrazischen Hochebene verbrüdeten. Diese Freundschaftsgeste wurde der Beginn einer echten Allianz, und zugleich das Ende einer langen militärischen Feindschaft zwischen dem griechischen und dem türkischen Volk. Türkische, griechische und amerikanische Offiziere sagten uns — wir waren Zeugen dieses geschichtlichen Augenblicks — damals: „Wenn es doch erst so weit mit den Deutschen und den Franzosen wäre.“

Diese enge Zusammenarbeit der Griechen, Türken und Amerikaner an der Südostflanke des atlantischen Paktes macht einen sowjetischen Vorstoß in diesem Raum nunmehr also zu einem Risiko, zumal das Paktssystem nach Belgrad ausgeweitet wird. In diese Betrachtung gehört aber auch die Untersuchung mit hinein, ob dieser mögliche sowjetische Vorstoß nur das Ziel haben könnte, die Meerengen in die Hand zu bekommen. Die großen amerikanischen und englischen Flottenansammlungen im Mittelmeer könnten hier nämlich eine Entscheidung herbeiführen, die keineswegs im Sinne der sowjetischen Strategie ist. Für den Kreml kann deshalb noch wichtiger als die Öffnung des Mittelmeeres die nachhaltige Ausschaltung der atlantischen Luftstützpunkte in der Türkei durch eine Besetzung der gesamten Türkei sein.

Die Inbesitznahme dieser großen und für Sowjetrußland gefährlichen westlichen Basen für Luftflotten wäre im Ernstfall wirklich ein entscheidender Auftrag für sowjetische Verbände. Viele türkische Flugplätze sind ideale Absprunghäfen für die alliierten Jäger, die die in der Tiefe des feindlichen Luftraumes operierenden Fernkampfverbände begleiten oder abholen. Jede sowjetische Vorwärtsbewegung nach Mitteleuropa kann nämlich aus der Flanke im Südosten in ihrer Tiefe so empfindlich durch Luftangriffe bedroht werden, daß eine gleichzeitige Offensive gegen den türkischen Abschnitt zur Ausschaltung dieser Gefahr

unumgänglich wird. Das muß die sowjetische Strategie erheblich beeinflussen und kann zu der Überlegung führen, einen militärischen Angriff auf den Westen überhaupt zu unterlassen.

Die Armee

Den größten Trumpf, den die Türkei neben ihrer günstigen geographischen Lage in das große politische Spiel werfen kann, ist die Armee. Seit Atatürk, den Armee und Volk als den größten Türken feiern, der je gelebt hat, die geistige Revolution einleitete, liegt das Land im unaufhaltsamen Wettlauf mit der Technik. Auch die Armee, die, wie in keinem anderen Land ein Spiegelbild ihres Volkes ist, steht in einer permanenten Revolution. Man ist dabei, aus einem Reiter- und Infanterieheer eine moderne technische Armee zu gestalten. Nun gibt es da ein Hindernis, das nur mühselig überwunden werden kann. Fast die Hälfte aller türkischen Soldaten sind Analphabeten. In den letzten zwanzig Jahren sind im Erziehungs- und Bildungswesen der Armee unerhörte Fortschritte gemacht worden und die Zahl derer, die lesen und schreiben können, nimmt ständig zu. Aber eine moderne Armee braucht eine breite Schicht nicht nur Intellektueller, sondern Menschen mit ausreichender Volksschulbildung. Die Türken verfügen über sechzehn Infanterie- und drei Kavallerie-Divisionen, sowie über sechs Panzerbrigaden. Dieser Heeresapparat verschlingt schon viel Intelligenz. Dazu kommen die Fliegereinheiten und das Bodenpersonal, die Spezialtruppen und die Flotte. An eine Ausweitung der Technisierung ist deshalb nur in vorsichtiger Form zu denken. Die Armee hilft sich zwar mit Energie selbst. Sie macht Kurse, sie benützt das glänzende Gedächtnis dieser unverbrauchten klugen Bauernsöhne und läßt durch Auswendiglernen Manches ersetzen. Viele Jeep- und Lastwagenfahrer können nicht lesen, was auf den Schildern zur Gebrauchsanweisung ihrer Fahrzeuge steht. Aber sie können die Sätze auswendig. Insgesamt bedeutet das jedoch, daß außer den wirklichen Spezialisten zahlreiche „Pseudo-Spezialisten“ mit technischen Geräten umgehen müssen, was Auswirkungen auf das Material haben muß. Wir sind tagelang mit türkischen Fahrern unterwegs gewesen und glauben, daß unserem neuen Jeep keine lange Lebensdauer beschieden sein wird.

Amerikanische Freundschaft

Die türkische Armeeführung wird die Aufgabe der Modernisierung bewältigen, aber sie wird Zeit brauchen. Der benötigte Zeitraum steht in einer direkten Abhängigkeit von der Zahl der Soldaten, die bei einer gesamten Mobilmachung erfaßt werden können. Die Armeeführung muß mit zwei Millionen Mann fertig werden. Dennoch sind heute schon die Türken die stärkste militärische Macht des Nahen Ostens. Die Tatsache der militärischen Beweglichkeit durch sechs Panzerbrigaden, die die politische und militärische Führung in ihre Berechnungen als konstante Größe einbeziehen kann, steigert die Überlegenheit über alle Nachbarn zu einer Art militärischer Monopolstellung.

Diese Sonderstellung der Türken drückt sich auch in ihrem Verhalten den Amerikanern gegenüber aus. Der türkische Oberbefehlshaber der ersten Armee, General Nuretin Baransel, hatte bei den vergangenen Manövern klar zum Ausdruck gebracht, daß er der Gastgeber sei und der amerikanische General Wyman zwar als atlantischer Oberbefehlshaber Südost alle Anerkennung verdiene, er sich jedoch auf türkischem Boden befinde. Die türkische Generalität war keinesfalls den Amerikanern gegenüber überheblich, aber der Grad der Liebeshwürdigkeit und Gastfreundschaft zeigte die Herzlichkeit gleichberechtigter Partner.

Spannungen werden nicht ausbleiben

Es kann nicht ausbleiben, daß Reibungen entstehen, wenn zwei Völker eine solch enge Allianz eingehen wie Amerika und die Türkei. Der Aufenthalt ausländischer Truppen, auch in einem befreundeten Land, selbst wenn sie vorwiegend Instrukturen sind, ist ständig mit Schwierigkeiten verbunden. Hier spielen auch politische Überlegungen hinein. Die wirtschaftliche Hilfe des einen und die Notwendigkeit der politischen Selbstständigkeit des anderen machen immer wieder eine neue Überprüfung der Situation notwendig und fordern eine Analyse des Zustandes des beiderseitigen Verhaltens.

Auch die Armee wird noch Spannungen auszuhalten haben. Die technische Revolution führt unmerklich, aber ständig zu einer inneren Strukturwandlung. Die Generalität und die Obersten sind fast alle nach deutscher militärischer Methode erzogen worden und ihre taktischen und operativen Überlegungen leugnen die Verwandtschaft mit deutschen Führungsgrundsätzen nicht. Mit Stolz und Freude erzählte man uns im thrasischen Hochland Geschichten aus deutschen Garnisonen. Die Generale sprechen fast alle deutsch und kannten ihre entsprechenden Jahrgangskameraden in der deutschen Armee. Auch die Majore, die zur Zeit die Bataillone führen, sind noch auf deutschen Infanterieschulen gewesen. Aber die jüngere militärische Generation beginnt amerikanisch zu denken. Man ist noch stramm und exakt. Die formende Kraft der alten Generation hat noch die stärkste Wirkung. Aber der Umgang mit der Technik, mit den amerikanischen Offizieren, die mit ihren modernen Waffen auch einen Teil des Geistes mitbringen, den die amerikanische Form der Freiheit prägte, lockert manche Form. Die hohe militärische Führungsschicht versucht, diesen Vorgang zu bremsen, weiß aber, daß sie ihn nicht aufhalten wird. In zehn bis zwanzig Jahren wird die türkische Armee so „amerikanisch“ sein, wie sie heute „deutsch“ ist.

Ohne Anlehnung an eine Mitte

Die besondere geographische Lage der Türkei hat ihr im Rahmen der atlantischen Verteidigung, die Aufgabe des Eckpfeilers zugeteilt, der die gesamte Südostflanke abdeckt und zusammenhält. Im Zeitalter der raumgreifenden Waffen hängt die Türkei jedoch dennoch strategisch in der Luft, weil sie keine Anlehnung an eine strategische Mitte hat. Die Verlängerung der Flanke nach der Mitte hin über Griechenland und Jugoslawien genügt nicht. Solange Westdeutschland noch ein militärisches Vakuum ist, ist der Atlantikpakt eine Unvollkommenheit und die einzelnen Paktgruppen könnten nacheinander geschlagen werden. Bei diesen Wechselwirkungen besteht natürlich gerade für die Türkei das größte Interesse, daß das Loch in der Mitte gestopft wird, Deutschland also wieder Truppen bekommt.

Freundschaft

Erst dann wird auch die Ausweitung des Atlantikpaktsystems auf den Mittleren und Nahen Osten praktische Ergebnisse haben können. Die Türkei hat natürlich auch in der jetzigen Lage bereits Erfolge als Sammlerin der Kräfte aufzuweisen. Die militärische Stärke ihrer modernen Armee hat ihre anziehende Kraft schon unter Beweis gestellt. Die Annäherung der beiden Nachbarn Iran und Irak ist nicht aufzuhalten. Damit ist zwar ein Teil der Brücke nach Pakistan schon vorhanden, aber das gesamte System bleibt fragwürdig, solange es nur eine neue regionale Koalition darstellt, die sich nicht in eine gesamtstrategische Konzeption einpaßt. Also in ein Paktsystem mit Deutschland. Wenn Pakistan, der größte mohammedanische Staat der Welt, sich mit Ankara eng zusammenschließt, wird der Riegel wirksam werden, der sich schon jetzt vor jede sowjetische Aggressionsabsicht legt, deren Ziel ein Vorstoß aus dem Kaukasus heraus mit Richtung auf Suez sein könnte. Aber die Achse Ankara-Pakistan muß ihre Verlängerung in die Mitte Europas finden. Dann dürfte es allerdings schwierig für die roten Truppen werden, an der Türkei vorbei durch ein mit Ankara verbündetes Irak und Iran vorzugehen. Keine Armee der Welt könnte das Risiko eingehen eine solche Operation vorzunehmen. Sie müßte nämlich dann mit offener Flanke durch schwierigstes Gelände an der im anatolischen Hochmassiv sitzenden, hochgerüsteten türkischen Armee vorbeistößen.

Die Türkei ist also einer der entscheidenden Aktivposten bei der Abwehr einer möglichen Bedrohung aus dem Osten. Niemand zweifelt daran, daß vor allem die türkische Armee ihre besondere Aufgabe erfüllen wird. Diese Armee setzt sich nämlich aus Soldaten eines Volkes zusammen, dessen natürlicher kriegerischer Instinkt es zur militärischen Elite des Westens macht. Tradition und Disziplin dieser Armee, in der Hand einer zielstrebigen antikommunistischen Regierung in Ankara werden somit zur Garantie für den Frieden, weil eine solche Kraft jeden Feind abschreckt; und wir können stolz darauf sein, dieses Volk und seine Armee zum Freund zu haben.

JOSÉ IGNACIO ESCOBAR
MARQUES DE VALDEIGLESIAS

Spanien in Europa

Mit Genehmigung des Verlages veröffentlichen wir den folgenden Artikel von José Ignacio Escobar Marques de Valdeiglesias, erschienen in der Zeitschrift „ABENDLAND“, Heft 3, München, März 1954:

Die Iberische Halbinsel liegt am äußersten südlichen Punkt Europas, an ihrer Nord- und Westküste begrenzt durch den Atlantischen Ozean und an ihrer Ostküste durch das Mittelländische Meer. Einerseits liegt vor ihr der direkte Weg nach Süd- und Nordamerika offen; andererseits blickt sie direkt auf Afrika und Vorderasien. Von dem Schwarzen Kontinent ist sie nur durch die vierzehn Kilometer breite Straße von Gibraltar getrennt, und diese enge Straße verbindet den Atlantischen Ozean mit dem Mittelmeer, das wiederum durch den Suezkanal den Verbindungsweg mit Indien bildet. Spanien ist also nicht nur eine Mittelmeermacht, sondern auch die natürliche Beherrscherin eines der wichtigsten Punkte der interozeanischen Wasserwege. Das universalistische Denken Spaniens, das der wesentlichste Zug seiner geschichtlichen Entschlüsse und Leistungen und auch seiner jetzigen Politik ist, hat sich hauptsächlich aus diesen geographischen Gegebenheiten entwickelt und in der christlichen Zeit durch die tiefe Einwirkung der katholischen Religion ganz entfaltet. Auf den Universalismus von Trajan und Seneca folgte später der Universalismus der Ethymologien des Isidor von Sevilla und wieder später jener der Dynastie von Aragon. Alfons X. von Kastilien verwirklichte in Toledo das, was nachher „der kulturelle Meridian“ des Abendlandes genannt wurde. Er war bestrebt, Kaiser des Heiligen Römischen Reiches zu werden, um besser Gott und Rom dienen zu können.

Die Entdeckung und Eroberung Amerikas war ebenfalls eine direkte Folge der universalistischen und religiösen Bestrebungen Spaniens, die Gestalt gewannen in der Politik Karls V. und durch die Orthodoxie der spanischen Kirche, die immer römisch und katholisch war und die schismatischen Bewegungen der gallikanischen, lutheranischen und anglikanischen Kirchen ablehnte. Kaum hatte Spanien seine nationale Individualität dank der Politik von Königen ausgebildet, die sich selbst „katholisch“ nannten, als es sich schon in den Dienst eines übernationalen Gedankens stellte. Das Christentum, das es in sieben Jahrhunderten auf eigenem Boden verteidigt hatte, wird es von nun ab auch in Europa und in den überseeischen Gebieten schützen. Auf dem Reichstag zu Worms gab Karl V. seine bekannte Erklärung ab, er werde seine Länder, seine

Freunde, seinen Leib, sein Blut, sein Leben und seine Seele einsetzen zur Verteidigung der katholischen Religion und der Christenheit. In ihrem Testament hatte seine Großmutter, Isabella von Kastilien, schon eine ähnliche Erklärung abgegeben. 1492 wurde Granada erobert. Einige Jahre später führte Karl V. seinen Krieg gegen die Protestanten, und sein Sohn Philipp II. opferte seine Soldaten und das Staatseinkommen, um die Rebellen in Flandern zu unterdrücken, die Armada gegen England aufzubauen und die Türken zu schlagen.

Menendez Belayo nennt die Spanier ein Volk von Theologen und Soldaten. Nicht um Ehrgeiz zu befrieden, wie die Horden der Cyrus, Alexander oder Napoleon; nicht um einer ungerechten Staatsraison willen; nicht um die Erhöhung eines kaufmännischen Gewinnes, sondern für das alles, was die Positivisten Idealismus nennen, für das Dogma der menschlichen Freiheit und der moralischen Verantwortung, für Gott und für seine Tradition färbte das spanische Volk mit dem Blut von Rittern und Märtyrern die Ufer von Albis, die Dünen von Flandern und die Brandung des englischen Meeres. Man kann gut verstehen, daß die Politiker und Staatswirtschaftler lächeln, wenn sie solches hören. Da sie am Ende des 17. Jahrhunderts Spanien arm sehen, finden sie nicht genug Worte der Mißachtung für ein Land, das weder um Gebietserweiterung kämpfte noch um Kriegsentschädigungen, sondern für eine theologische Überzeugung — die wertloseste Sache der Welt. Als Karl V. die Nachricht des Sieges von Pavia erhält, zieht er sich zurück in seine kleine Kapelle, um Gott für diese Entscheidung zu danken; er verbietet aber jede Freudenkundgebung, da der Sieg mit Blut von Christen erkämpft wurde. Für den Geist, insbesondere der amerikanischen Eroberungszüge, legen Tausende

von Kirchen, die mit den prächtigsten Europas wetteifern können, und nicht zuletzt das Volk der eroberten Länder selbst, das heute noch die Sprache seiner Eroberer spricht und den Glauben an Christus bewahrt hat, ein beredtes Zeugnis ab. Der Genuese Kolumbus betrachtete es als selbstverständlich, die Indianer wirtschaftlich als Sklaven auszubeuten. Andere, die diesem Beispiel folgten, wurden von der Königin Isabella schwerer bestraft, als wenn sie dieses Verbrechen gegen ihre eigenen Landsleute begangen hätten. Unaufhörlich betonte die Königin, daß der Hauptsinn der Kolonisation die Bekehrung der Seelen sei. Die ganze Gesetzgebung für die neu entdeckten Länder beruht auf diesem Prinzip.

Nach dem Aufstieg des modernen Nationalismus blieb Spanien der alten idealistischen Tradition treu. Dies war fast selbstverständlich für ein Volk, dessen politische Einheit repräsentiert wurde durch eine Königin, die ein Angebot von 40 000 Gulden ablehnte, weil es von einem Raubritter ausging. Sie unterließ die gesetzlich bestimmte Beschlagnahme der Güter des Schuldigen, „um zu vermeiden, daß die Leute denken könnten, daß sie aus Habgier gehandelt hätte“.

Bei der Beurteilung der spanischen Geschichte und Politik muß man immer mit dieser idealistischen Grundeinstellung rechnen. Auch die spanische Politik gegenüber Europa war stets übernational, wenn es sich um die Verteidigung geistiger Werte oder der Freiheit handelte. Lediglich, nachdem das übrige Europa den auflösenden Doktrinen der Französischen Revolution verfallen war, sonderte Spanien sich hinter den Pyrenäen ab und vergeudete seine Kräfte in inneren Streitigkeiten oder opferte sie in einem hoffnungslosen Kampf für seine letzten kolonialen Besitzungen.

Der spanische Bürgerkrieg

Die internationalen Ereignisse, die der erste Weltkrieg und die sinnlosen Friedensverträge von 1919 heraufbeschworen, verpflichteten auch Spanien zu internationaler Stellungnahme. Es ging hier nicht um Minderheitsfragen, Kriegsentschädigungen oder territoriale Ansprüche, sondern um Grundsatzfragen mit einem bestimmenden Einfluß auf die sozialökonomische Struk-

tur Spaniens. Die neue kommunistische Partei, die mit ihrer älteren sozialdemokratischen Schwester zu einer ansehnlichen marxistischen Front angewachsen war, hatte offen dem traditionellen Glauben den Kampf angesagt. Nicht nur Spanien, sondern ganz Europa, ja die ganze Welt war zu dieser Zeit schon in zwei große Fronten zerfallen: auf der einen Seite standen die Mächte

der Auflösung, auf der anderen die Verteidiger der Christenheit. Aber nur in Spanien führte dieser Gegensatz 1936 zu einem blutigen Bürgerkrieg. Die Tragödie und die Rückwirkung des spanischen Konfliktes im Ausland erweckten wieder den spanischen Wesenszug des Universalismus. Die Führer sowohl des nationalen Spanien wie auch der marxistischen Front waren davon überzeugt, daß es sich nicht um eine innenpolitische Auseinandersetzung handelte, sondern um einen lebenswichtigen Kampf für die Zukunft Europas. Diese Einsicht war entscheidend für den politischen Wiederaufbau nach dem Bürgerkrieg und für die Haltung Spaniens während des zweiten Weltkrieges.

In vielen Ländern wurde Spanien verdächtigt, eine günstige Gelegenheit abzuwarten, um sich irgendwie in den Krieg einzuschalten, wenn nicht als kriegführende Partei, dann wenigstens als aktiver Mitarbeiter, der nur darauf bedacht sei, sich die größtmöglichen Vorteile zu sichern. Die Sympathien der spanischen Bevölkerung für Deutschland haben zu dieser falschen Beurteilung viel beigetragen, und die alliierte Propaganda hat dies zum Anlaß für ihre anti-spanische Hetze genommen. Dem verzerrten Bild von der spanischen Haltung seien hier einige präzise Tatsachen gegenübergestellt, aus denen hervorgeht, daß Spanien, getreu seiner traditionellen Politik, nicht nur keine Vorteile suchte, sondern sich von Anfang des Krieges an ernstlich bemühte, a) jede weitere Ausdehnung der Feindseligkeiten zu verhindern; b) die schon begonnenen Feindseligkeiten beizulegen; c) einen Frieden zu bewirken, der kein neues Versailler Diktat sein würde, sondern das Resultat freier Besprechungen zwischen gleichberechtigten Partnern.

Am Silvesterabend 1939 hielt der spanische Staatschef eine Rede, worin er die fünf Punkte erwähnte, die einige Tage vorher Papst Pius XII. als Grundlage für den Frieden vorgeschlagen hatte. In derselben Rede erklärte Franco unter anderem: „Je länger der Konflikt dauert, desto weniger ist seine Fortsetzung gerechtfertigt . . . Man kann die Fortsetzung nicht begründen mit dem Mangel an Gleichgewicht, hervorgerufen durch die Kriegspotenz einiger Staaten, wenn ein mächtiger Feind erscheint, den man in Schach halten muß, weil er durch seine Menschenhorden und seine Doktrinen die höchste Bedrohung für die Zivilisation darstellt, die wir zu verteidigen haben.“ Franco erklärte weiter, daß Spanien, das während drei Jahren gekämpft habe, um die christliche Zivilisation gegen ihre Vernichtung in Westeuropa zu verteidigen, jetzt die Schmerzen der anderen europäischen Völker erlebt und daß es sich der Autorität der katholischen Kirche und den Bestrebungen verschiedener Staaten anschliesse, die das Ende eines Kampfes wünschten, der, wenn er bis zum Schluß durchgeföhrt würde, der asiatischen Barbarei den Weg nach dem Westen öffnen müßte.

Die Presse verschiedener Länder brachte Zusammenfassungen und Auszüge dieser Rede; die Kommentare aber waren meist ausweichend und in einigen Fällen sogar ungünstig. Die neutralen Staaten, auf die der spanische Staatschef an erster

Stelle gerechnet hatte, verhielten sich zurückhaltend; einige zogen es vor, sich in einem neutralistischen Attentismus zu begraben, aus Angst, die krankhafte Empfindlichkeit der kriegführenden Staaten zu verletzen.

Als bald darauf, im Februar 1940, der amerikanische Unterstaatssekretär *Sumner Welles* eine Informationsreise durch verschiedene europäische Staaten machte, bekam der spanische Botschafter in London, der Herzog von Alba, von seiner Regierung den Auftrag, *Sumner Welles* dazu zu bewegen, auch Madrid in seinen Reiseplan aufzunehmen. Die spanische Regierung wollte dem amerikanischen Unterstaatssekretär einige konkrete Vorschläge zur Festigung des zukünftigen Friedens unterbreiten. In Form eines Memorandums wurden folgende Grundlagen vorausgesetzt:

a) Während der Kriegsdauer müssen die neutralen Staaten versuchen, einen Frieden zu erreichen, durch den keiner der Kriegführenden vernichtet wird. Die Vernichtung eines der Kriegführenden würde in der Zukunft für die Neutralen ein schlimmeres Übel sein als der Krieg selbst. In solchem Falle würde der Aufbau des Friedens nicht nur sehr schwierig sein, sondern auch der internationale Handel einen völligen Zusammenbruch erleiden. Die Neutralen müssen sich verständigen, um im gegebenen Augenblick eine Gesamttaktion zu entwickeln, die ein Abkommen zwischen den Kriegführenden erleichtert.

b) Während der Friedensverhandlungen, auf die die Neutralen sich ab sofort vorbereiten müssen, sollten diese ihren ganzen Einfluß für einen durch alle Kriegführenden freiwillig und ohne Zwang unterzeichneten Vertrag einsetzen.

c) Was den Friedensaufbau anbetrifft, soll die Rede des Papstes vom 25. Dezember 1939 die allgemeine Basis für die zukünftige Organisation von Europa und der ganzen Welt bilden.

Mit dem Zweck, die neutralen Staaten auf das oben erwähnte Programm festzulegen, wurde ein Kongreß derselben in San Sebastian vorgeschlagen. Die spanischen Botschafter in London und Rom bekamen Anweisungen, diesen Plan *Sumner Welles* bekanntzugeben. Leider blieben ihre Bemühungen ohne Erfolg. *Sumner Welles* reiste wieder nach Amerika ab, ohne ihnen die Gelegenheit gegeben zu haben, ihm die spanischen Ansichten vorzutragen. Zwei Monate später zogen die deutschen Truppen in Holland, Belgien und Frankreich ein. Jede Aussicht auf Friedensverhandlungen wurde dadurch auf längere Zeit vernichtet. Zu einer internationalen Konferenz der Neutralen in San Sebastian gab es jetzt überhaupt keine Möglichkeit mehr. Die Reise von *Sumner Welles* hatte offenbar nicht den Zweck, herauszufinden, welche Möglichkeiten für einen Friedensschluß beständen. Der Gesandte Roosevelts war wohl nur deshalb nach Europa gekommen, um jede Neigung Englands, den Krieg vorzeitig zu beenden, zu ersticken. Roosevelts und Francos Absichten waren so diametral entgegengesetzt, daß ein Besuch von *Sumner Welles* in Spanien zwecklos gewesen wäre.

Die weitere Entwicklung hatte Spanien in eine sehr schwierige Lage gebracht. Anstatt Friedenspläne ausarbeiten zu können, mußte es jetzt seine ganze Aufmerksamkeit auf die Auswirkung konzentrieren, die die Besetzung Europas durch Deutschland auf die Iberische Halbinsel haben könnte. Hauptsorge war es, Spanien aus dem Krieg zu halten.

Ein traditionelles Bankett

Bei dem traditionellen Bankett, das jedes Jahr am 6. Januar die ausländischen Vertreter und die Mitglieder der spanischen Regierung zusammenbringt, nahm 1943 General Franco den englischen Botschafter, *Sir Samuel Hoare*, beiseite und setzte ihm ausführlich auseinander, daß die abendländische Kultur durch den Kommunismus ernstlich bedroht wäre und daß die Vernichtung Europas nur zwei Mächte in der Welt übriglassen würde, nämlich die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion. Dieses lange Gespräch, das Franco unter den scharfblickenden Augen der anderen Botschafter führte, beendete er mit folgender Betrachtung: „Wäre es in den gegebenen Umständen nicht vorteilhafter, einen für England ehrenvollen und vorteilhaften Frieden zu schließen, als bis zu den letzten Konsequenzen auszuhalten?“ Zwischen Deutschland und England gab es nie einen unüberbrückbaren Haß; es gab nur einen politischen Antagonismus. Dieser aber hätte sich beheben lassen können, wenn die ebenfalls politischen Umstände es ratsam machten. Dieses aber nahm man in Spanien an, und deshalb glaubte man, zu einer Einigung zu kommen, um zu vermeiden, daß das kommunistische Regime die europäische Zivilisation hinwegfegen und den europäischen Kontinent beherrschen werde. Die europäische Zusammengehörigkeit ist

nicht nur eine Phrase, es kann der Augenblick kommen, wo sie, angesichts der Drohung des russischen Kommunismus, eine dringliche Notwendigkeit wird. Man darf nicht außer acht lassen, daß der europäische Kontinent die Stellung, die ihm als dem Urheber der Zivilisation gebührt, behalten muß.

Sie *Samuel Hoare* versprach dem spanischen Staatschef, über diese Äußerung nachzudenken. Die englische Regierung weigerte sich jedoch, die Wirklichkeit der kommunistischen Gefahr anzuerkennen. Sie war davon überzeugt, daß es ihr gelingen würde, Europa in drei große Macht-sphären aufzuteilen und diese mit amerikanischer Hilfe, von London aus, zu beherrschen. In einem Memorandum vom 19. Februar 1943, kaum drei Wochen nach dem Fall von Stalingrad, erklärte *Sir Samuel Hoare*, daß nach dem Krieg Großbritannien die größte Militärmacht Europas sein werde. Nicht einmal als Hypothese wurde die Möglichkeit einer bolschewistischen Gefahr ins Auge gefaßt. Er behauptete, daß nie ein Konflikt zwischen dem britischen Reich und der Sowjetunion entstehen könne, daß im Gegenteil sogar das im Kriege geschmiedete Bündnis auch im Frieden weiterbestehen und die politische Stabilität Europas sichern würde. Sie *Samuel Hoare* bestätigte ausdrücklich, daß diese Ansichten auch

die der britischen Regierung wären. Jede Warnung vor der russischen Gefahr wurde als deutsche oder prodeutsche Propaganda bezeichnet.

Trotzdem überreichte der spanische Minister des Auswärtigen, Jordana, Sir Samuel Hoare eine Antwort auf sein Memorandum, worin er die Auffassungen der spanischen Regierung noch einmal bestätigte und darauf hinwies, daß eine Vernichtung Deutschlands ein Festsetzen der Russen in Zentraleuropa mit sich brächte, und die Möglichkeit eines russischen Imperiums vom Atlantik bis zum Pazifik heraufbeschwören würde. Wenn Deutschland nicht bestände, müßte man es erfinden, wiederholte Jordana, nach einem Satz von Franco.

Schon während des Notenwechsels mit Sir Samuel Hoare hatte die spanische Regierung die Idee eines Zusammenschlusses der neutralen Staaten wieder aufgenommen. Die ersten Besprechungen fanden mit dem Freistaat Irland und der Argentinischen Republik statt; nachher wurden sie fortgesetzt mit den Vertretern von Schweden und der Schweiz. Die Absicht war, auf der Basis der schon am 31. Dezember 1939 formulierten Punkte und in Zusammenarbeit mit dem Vatikan eine große interkontinentale Friedenspartei aufzurichten. Auch Ungarn, Polen und Rumänien wurden in diese Besprechungen einbezogen; wie die neutralen Staaten, bezeugten auch sie ihr Interesse an dem spanischen Plan. Bemerkenswert ist dabei die spanische Auffassung, daß die Feindschaft des Kommunismus gegen das Christentum ein Problem ist, das man aus dem Rahmen des Krieges zwischen der Achse und den angloamerikanischen Staaten herausnehmen müsse, da diese Feindschaft dem Wesen des Kommunismus angehöre und das wahre Grundproblem der Zukunft sei.

Europa schien aber 1943 noch nicht reif, um diesen Standpunkt zu begreifen. Genau wie 1939 scheuten die neutralen Staaten jede Verantwortung, so daß zum zweitenmal der spanische Plan ohne Auswirkung blieb. Es ist nicht leichtfertig zu behaupten, daß die neutralen Staaten durch ihre passive Haltung einen, wenn auch geringen Teil der moralischen Verantwortung für Teheran, Yalta und Potsdam zu tragen haben. Ein Bündnis dieser Staaten hätte vielleicht verhindern kön-

nen, daß über das Schicksal Europas einseitig durch die Vertreter von drei alliierten Mächten entschieden wurde. Aus Angst, den Angelsachsen zu mißfallen, und aus Argwohn gegenüber dem als deutschfreundlich verschrienen Spanien ließen sie ohne Protest die Katastrophe der oben erwähnten Absprachen über Europa kommen. Die Verantwortlichen bezahlen seit Jahren ihre Kurzsichtigkeit. Das von Spanien vorgeschlagene Bündnis der neutralen Staaten hätte die Angelsachsen vielleicht davon abbringen können, in Zentraleuropa ein gewaltiges Niemandsland zu schaffen, von wo aus die Bolschewisten ihre Schatten heute über ganz Europa werfen.

Der Brief Präsident Roosevelts vom 20. Februar 1943 an den Vertreter des National Council of Young Israel, Herrn Zabrowsky, war ziemlich schnell in Spanien bekannt. Dieser Brief, der durch Zabrowsky Stalin mitgeteilt werden sollte, geht von derselben Verblendung aus, die England hinderte, die bolschewistische Gefahr zu sehen. Er enthält obendrein einen Aufteilungsplan Europas zwischen England und der Sowjetunion.

Nach der Bekanntmachung dieses Briefes und der enttäuschenden Haltung der Neutralen hatte es für Spanien eigentlich keinen Zweck mehr, noch weitere Friedensversuche zu machen. Das hinderte indessen den spanischen Staatschef nicht, noch verschiedene Male seine Meinung öffentlich bekanntzugeben. Anfang Mai 1943 machte er eine offizielle Reise durch Südspanien und hielt in den wichtigsten Städten einige sehr überlegte Reden. In allen Besprechungen mit dem englischen und amerikanischen Botschafter und in allen offiziellen und privaten Unterhaltungen betonte die spanische Regierung immer den grundlegenden Unterschied zwischen den doktrinären Irrtümern des Dritten Reiches und der Rolle, die Deutschland bei der Verteidigung Europas zu spielen habe. Die spanische Regierung war der Meinung, daß man die nationalsozialistischen Irrtümer beseitigen könne durch bestimmte Verfügungen der Friedensverträge, ohne Deutschland selbst zu vernichten. Man hatte aber allgemein den Eindruck, daß die Angelsachsen — und besonders die Engländer — diese Unterscheidung als unvereinbar mit ihren Vernichtungsplänen betrachteten.

Prinzipiell antikommunistisch

Wenn hier über spanische Sorgen gesprochen wird, so wird dabei nicht nur der Schwierigkeiten des Wiederaufbaues eines Landes nach drei Jahren Bürgerkrieg gedacht, sondern auch seiner delikaten Lage zwischen den kriegführenden Ländern. Die Achse beschuldigte die spanische Regierung einer allzu weitgehenden Nachgiebigkeit gegenüber den Alliierten, während die Alliierten sie scharf über die spanische Haltung der Sowjetunion gegenüber beschwerten. Diese Beschwerden verwandelten sich in formelle Proteste nach der Landung in Sizilien und dem Sturz von Mussolini. Am 21. Oktober 1943 stattete der Botschafter der Vereinigten Staaten, Mr. Carlton Hayes, dem spanischen Minister des Auswärtigen einen Besuch ab, mit dem Zweck, diesem mitzuteilen, daß es seinem Land sehr unangenehm war, daß die

spanische Presse und das Radio, anstatt sich auf die Nazi-Gefahr zu konzentrieren, dauernd Rußland angriff. Der amerikanische Botschafter war der Meinung, daß, wie alle anderen Länder, Spanien sich zu einer Zusammenarbeit mit Rußland entschließen müßte. In einem „vertraulichen“ Brief, den er am selben Tage dem Minister des Auswärtigen überreichte, beschwerte er sich unter anderem darüber, daß die spanische Presse die russischen Wehrmachtsberichte nicht veröffentlichte. Acht Tage später überreichte die spanische Regierung ihre Antwort. Sie bestätigte darin ihre prinzipielle antikommunistische Haltung und ihre Überzeugung, daß der Sieg der russischen Armeen eine fürchterliche Bedrohung für die Christenheit und die ganze europäische Zivilisation sein würde.

Diese zwei Briefe waren die Einleitung einer sehr interessanten Korrespondenz. Der amerikanische Botschafter schrieb u. a.: „Meine Regierung ist nicht mit der Theorie einverstanden, welche öfters durch spanische Beamte vorausgesetzt wird, daß der jetzige Krieg unvermeidlich mit einem Krieg gegen den Kommunismus enden müsse. Meine Regierung sieht eine dauernde Zusammenarbeit der Vereinten Nationen mit Rußland — während des Krieges und nach seinem Ende — voraus, und sie ist dabei, alles mögliche zu tun, um bei dem Aufbau der Grundlage dieser Zusammenarbeit mitzuhelfen.“

Die Antwort des spanischen Außenministers ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Wie der Krieg auch ausgehe, erklärte er, schon vor dem Krieg und schwerer als dieser selbst lastete auf der Welt ein geistiger Druck von außergewöhnlicher transzendentaler Bedeutung, hervorgerufen durch die revolutionäre Gesinnung einiger von allem Gottesglauben beraubter Massen, die versuchen, ihre ökonomische Lage durch skrupellose Anwendung von Gewalt zu verbessern, wobei sie sich ansehnliche Reichtümer erobern. Der Krieg sei eine vorübergehende Erscheinung, während der revolutionäre Geist der Massen das fundamentale Problem unseres Zeitalters darstelle: „Unter diesen Voraussetzungen werden Sie, Herr Botschafter, mein Erstaunen verstehen, über die Überzeugung, die Sie in Ihrem Brief zum Ausdruck bringen, daß dieser sehr verbreitete und prinzipielle revolutionäre Geist durch die Verbesserung der am meisten notleidenden Klassen bekämpft werden könne, als ob er keine Million Anhänger in den wirtschaftlich blühendsten Ländern hätte. Ich kann kaum glauben, daß es jemand gibt, der meint, daß diese gigantische Gefahr, welche unsere Gesellschaft bedroht, zu einer kleinen Frage von Lohnanpassung herabgesetzt werden kann. Nein, Herr Botschafter, es handelt sich nicht allein um ein ökonomisches, nicht einmal um ein soziales Problem, selbst wenn man dieses Wort in seiner breitesten Bedeutung auffaßt: Es handelt sich um ein geistiges Problem, um ein schweres Übel, das bis in die tiefste und intimste Schicht des menschlichen Geistes durchdringt . . .“

Der amerikanische Botschafter erwiderte am 27. Dezember 1943, das nationalsozialistische Deutschland und das heidnische Japan seien eine viel größere Bedrohung für die Welt als Rußland, Rußland hätte die Hände mit seinem Wiederaufbau voll und, als Folge des Kriegsleidens, könnte man eine Wiederauflebung der patriotischen und religiösen Gefühle des russischen Volkes erwarten. Rußland würde nach dem Kriege ein wertvolles Friedensinstrument sein und Spanien würde seine guten Beziehungen mit den Vereinten Staaten aufs Spiel setzen, falls es länger in seiner anti-kommunistischen Politik ausharrte.

Obwohl der Sieg der Alliierten damals schon ziemlich sicher war, weigerte sich Spanien, seine prinzipielle Haltung abzuändern. Die darauf einsetzende anti-spanische Hetze erreichte ihren Höhepunkt in der Drei-Mächte-Erklärung vom 4. März 1946, worin James Byrnes, Ernest Bevin und Georges Bidault in Vertretung ihrer Regie-

rungen der Welt mitteilten, daß sie vorläufig eine offene Zusammenarbeit mit Spanien als unmöglich betrachteten. Spanien, das sich während des Krieges beharrlich für den Frieden eingesetzt und das, wie Churchill und Roosevelt wiederholt gestanden, jede Möglichkeit, Vorteile aus dem Krieg zu holen, stur abgelehnt hatte, dasselbe Spanien wurde jetzt kurzsichtig aus dem internationalen Leben ausgeschlossen und wirtschaftlich boykottiert. Die Warnung, die Franco in einem für den englischen Premier bestimmten Brief vom Oktober 1944 formulierte, wurde weiter unbeachtet gelassen: „Weil wir an die Aufrichtigkeit des kommunistischen Rußlands nicht glauben können und weil wir die subversive Macht des Kommunismus kennen, sind wir der Meinung, daß die Vernichtung oder Schwächung seiner Nachbarn, seine Ambitionen und seine Macht sehr stärken werden, wodurch eine Ver-

ständigung und ein Kontakt der westeuropäischen Länder notwendiger wird.“ Churchill hatte darauf geantwortet: „Es wäre ein schwerer Irrtum Ihrer Exzellenz, wenn Sie die falsche Idee beibehalten würden, daß die Regierung Seiner Majestät bereit wäre, einen Zusammenschluß von Staaten in Westeuropa oder in einer anderen Gegend in Betracht zu ziehen, wenn dieser auf einer Feindschaft gegen unseren russischen Verbündeten beruhe oder auf der unterstellten Notwendigkeit, sich gegen die Russen zu verteidigen. Die Politik der Regierung Seiner Majestät hält an dem englisch-sowjetischen Vertrag von 1942 mit aller Energie fest und betrachtet innerhalb der Struktur der zukünftigen Weltordnung die englisch-russische Zusammenarbeit als wesentlich, nicht nur für seine Interessen, sondern auch für den zukünftigen Frieden und für die Wohlfahrt von ganz Europa.“

Eine Schwalbe macht noch keinen Frühling

Der weitere Verlauf der internationalen Politik hat die Wünsche, Voraussichten und Illusionen der alliierten Staatsmänner dann offenkundig widerlegt. Am 4. April 1949 wurde der Atlantikpakt unterschrieben. Damit wurde die Idee, die Franco in seinem Brief verteidigt hatte, verwirklicht. Der diplomatische Boykott, in dessen Auswirkung alle Mitglieder der Vereinten Nationen ihre diplomatischen Vertreter aus Madrid zurückgerufen hatten, wurde weiter gehandhabt. Die Unterzeichnung der spanisch-amerikanischen Verträge vom 26. September 1953 war der Abschluß einer äußerst peinlichen Periode. Wenigstens eine der Großmächte hatte endlich eingesehen, daß Spanien sich nicht geirrt hatte. Leider macht eine Schwalbe noch keinen Frühling. Die Führer der europäischen Politik — gleichgültig, ob sie sich in Straßburg, Paris oder Berlin treffen — werden noch immer durch ihre früheren Illusionen gegen alle eingenommen, die während des Krieges nicht blind an ihrer Seite standen.

Absichtlich wurde hier eine lehrreiche Episode aus den Kriegsjahren so ausführlich behandelt. Sie enthält nicht nur wichtigste Konsequenzen für die heutige Politik, sondern auch einige allgemeine Überzeugungen, deren Anwendung entscheidend für die Zukunft ist. Die Rolle, die

Spanien dabei vorbehalten ist, kann man ebenfalls daraus ableiten. Im Gegensatz zu den materialistischen und kleinpolitischen Berechnungen vieler europäischer Staatsmänner ist es die Aufgabe Spaniens, die Zukunft unseres Kontinents von einem idealistischen Standpunkt aus zu betrachten und die heutigen Probleme durch die Handhabung höherer moralischer, sozialer und religiöser Prinzipien lösen zu helfen. In keinem Falle dürfen die menschliche Freiheit und Würde der Illusion des materiellen Fortschritts geopfert werden. Es wird oft behauptet, daß gerade in Spanien diese Freiheit und Würde leere Wörter wären. Nur Unkenntnis der spanischen Geschichte und des spanischen Volkscharakters können solche Äußerungen erklären. Sie können nur durch Leute, die nie die großen spanischen Philosophen des Goldenen Zeitalters oder die Schriften von Donoso Cortés gelesen haben, aufrechterhalten werden. In seinen Kommentaren zu den Reformen Papst Pius' XI. warnt dieser große Staatsmann des 19. Jahrhunderts vor jeder Abweichung von der christlichen Lehre, da solche Abweichungen entweder zur Diktatur oder zur Demagogie führen: Die Diktatur führe die Könige zum Fall und die Demagogie die Massen zur völligen Versklavung.

Die Rolle Spaniens

Das alte Europa, das in Griechenland geboren wurde und das nicht nur geistig, sondern auch geographisch eine unverkennbare Einheit war, eingeschlossen zwischen der Nordsee und dem Mittelländischen Meer, dem Dnjepr und dem Atlantischen Ozean, dieses alte Europa besteht nur noch in sehnsüchtigen Erinnerungen. Die interkontinentalen Kriege und die Politik der letzten fünfzig Jahre, die neuen Kriegswaffen und die schnellen Verkehrsmöglichkeiten haben seine natürlichen Grenzen und seine geographische Geschlossenheit vernichtet. Überdies hat die industrielle Entwicklung jüngerer Kontinente und die Emanzipation der kolonialen Gebiete auch den

wirtschaftlichen Vorsprung Europas hinfällig gemacht. Die meisten europäischen Staaten sind wirtschaftlich abhängig von den Vereinigten Staaten; sie sind, in der wirklichen Bedeutung des Wortes, Bettler geworden. Die Möglichkeiten Spaniens, Europa aus dieser unwürdigen Lage befreien zu helfen, sollte man nicht unterschätzen. Auch in der Wirtschaft spielt das Prestige eine große Rolle, wie uns die Geschichte des britischen Weltreichs lehrte. Mehr als irgendein anderes europäisches Land, ist Spanien darauf angewiesen, unser Ansehen in den amerikanischen Staaten hochzuhalten, die es zivilisierte und mit denen es seit Jahrhunderten einen intensiven

Austausch geistiger und materieller Werte unterhält. Die meisten Staaten Mittel- und Südamerikas werden großenteils noch immer von Nachkömmlingen der ersten spanischen Besetzer bewohnt, sie sprechen noch immer die Sprache des alten Mutterlandes. Die unabsehbare Bedeutung dieser Bluts- und Geistesverwandtschaft, die bislang nur Spanien zugute kam, soll jetzt über Spanien ein Faktor auch der europäischen Wiedergeburt werden.

Dazu hat Spanien auch Nordafrika und der arabischen Welt gegenüber eine gewichtige Rolle zu spielen. Sein Protektorat über einen Teil Marokkos hat es durch eine vernünftige Politik in eine freundschaftliche Zusammenarbeit mit der einheimischen Bevölkerung verwandelt. Dies darf niemanden wundern, da die enge Straße von Gibraltar ja nie eine Grenze zwischen Spanien und Nordafrika bildete; sie war nur ein Fluß zwischen zwei Gebieten, die seit den frühesten Jahrhunderten dauernd miteinander in politischem, kulturellem und geschäftlichem Verkehr standen. So ist Spanien auch die natürliche Brücke zwischen Europa und Afrika und der Ausgangspunkt Eurafrikas, das Bindeglied unseres Kontinents und des Schwarzen Kontinents, der uns die Rohstoffe liefern muß, die wir dringend brauchen, um die politische und wirtschaftliche Selbständigkeit Europas wieder herzustellen.

Was schließlich die arabische Welt anbetrifft, der in der nächsten Zukunft eine große politische Rolle zufallen kann, so gibt es kein zweites Land, das besser als Spanien die arabische Seele kennt, weil es seit Jahrhunderten mit den Arabern zusammengeliebt und mit ihren besten Vertretern bleibende kulturelle und künstlerische Werke geschaffen hat. Toledo und Cordoba waren die Exponenten einer arabisch-spanischen Kultur, die im Mittelalter ganz Europa befruchtete. Die daraus entstandenen Bindungen zwischen Arabern und Spaniern sind Aktivposten, die die arabisch-spanische Freundschaft dauernd erhalten werden.

Die Möglichkeiten Spaniens für den Aufbau eines neuen Europa sollten hier in großen Zügen gezeichnet werden. Sie rechtfertigen das Vertrauen der Spanier in ihr Vaterland nicht minder als in Europa selbst, das noch lange nicht verausgabt ist und dessen Geist, Erfindungsgabe und Kultur der jetzigen Welt immer noch unentbehrlich sind. Dieses Vertrauen reicht aber nicht so weit, zu glauben, daß die Menschen, die Europa zerstört haben, es wieder aufbauen können, und zwar mit den gleichen Prinzipien. Man könnte, was wir erleben, eine amüsante Komödie nennen, wenn es keine Tragödie wäre. Unser Vertrauen stützt sich daher auf andere Bestrebungen. Strömungen und Gegebenheiten, als die, die an der Oberfläche sichtbar sind. So darf es auch als sicher gelten, daß die überkommene Freundschaft zwischen Deutschland und Spanien eines Tages ihre feste Grundlage in der gemeinsamen christlichen und universalen Welthaltung erweisen wird. Auf dieser christlichen Grundlage wird es auch möglich sein, für alle Nöte des Augenblicks eine Lösung zu finden.

THEODOR ESCHENBURG

Kurze Geschichte der Weimarer Republik

Den folgenden Artikel von Professor Eschenburg entnehmen wir mit Genehmigung des Verlages der Zeitschrift „DEUTSCHE RUNDSCHAU“, Heft 3, Baden-Baden, März 1954:

„Die großen europäischen Monarchien haben in unseren Tagen mehr als zu irgendeiner anderen Zeit ein Interesse, den Krieg zu vermeiden. Selbst in Deutschland würden — wenn wir gegen alle Erwartungen besiegt würden — die Chancen einer demokratischen oder sozialen Republik steigen“. So schrieb Bismarck 1878 an Kaiser Wilhelm I. Den Ersten Weltkrieg haben Wilhelm II. und sein Kanzler Bethmann-Hollweg nicht verursacht. Daß sie ihn aber nicht vermieden haben, bleibt ihre historische Schuld. Bismarcks genialer Behutsamkeit war es gelungen, die 1870 entstandene deutsche Großmacht in der Mitte Europas, die jahrhundertlang für die angrenzenden Großmächte Kampfplatz und Naturschutzgebiet abwechselnd gewesen war, zu sichern.

Hingegen war Bismarcks Versuch gescheitert, im Innern die Kräfte zu vernichten, die er als eine Gefahr für seinen preußisch-deutschen, aristokratischen und obrigkeitstaatlichen Reichsaufbau ansah, nämlich katholisches Zentrum, Linksliberale und Sozialdemokratie. Er nannte diese drei Parteien Reichsfeinde.

Wilhelm II. ersetzte die Bismarcksche außenpolitische Genügsamkeit durch eine die imperialistischen Ansprüche des Reiches gefährlich betonnende Außenpolitik und suchte im Innern trotz oder gerade wegen der ebenso umfassenden wie tiefgreifenden sozialen Umschichtung, die sich aus der Wandlung vom vorwiegenden Agrar- zum industriellen Massentaat ergeben hatte, die aristokratische Obrigkeitsstruktur des deutschen Staates ängstlich zu bewahren. Der Gegensatz zwischen imperialistischer Außen- und konservativer Innenpolitik einerseits, genügsamer Außenpolitik und fortschrittlicher Innenpolitik andererseits trat im dritten Weltkriegsjahr 1917 mit aller Deutlichkeit in Erscheinung. General Ludendorff und die herrschenden Schichten, nämlich Militär, ostelbische Großlandwirtschaft und Schwerindustrie mit einem starken Anhang im Bürgertum, waren für Fortsetzung des Kampfes bis zum Sieg. Die Siegesbeute in Gestalt von Geldentschädigung und Gebietserweiterung sollte sie legitimieren, den Bismarckschen Obrigkeitsstaat, die aristokratische Monarchie, unversehrt zu erhalten. Zentrum, Linksliberale und Sozialdemokratie, eben jene Reichsfeinde, scheuten das die Existenz des Reiches gefährdende Risiko, sie wollten unter gegenseitigem Verzicht der Kriegführenden auf jegliche territoriale und finanzielle Tributleistung so schnell wie möglich den Krieg beenden und strebten eine demokratische Verfassungsrevision an.

Ein Jahr später, im September 1918, als durch die Niederlage der deutschen Armee in Frankreich und durch den Zusammenbruch der Verbündeten die militärische Widerstandskraft des Reiches erschöpft war, versuchte Ludendorff, innerhalb von 24 Stunden die deutsche auswärtige und innere Politik auf jene von ihm bisher aufs äußerste bekämpfte Richtung der drei demokratischen Parteien umzuschalten. Diese verspätete und überscharfe Drehung der Reichspolitik führte zum Zusammenbruch des Bismarckschen Staates. Am 9. November mußte der Kaiser abdanken. Vergeblich hatte der sozialdemokratische Führer Friedrich Ebert versucht, die Monarchie durch rechtzeitige Abdankung des Kaisers und Einsetzung eines Regentschaftsrates oder Reichsverwesers zu retten. Zwei Tage später mußte Hindenburg der Unterzeichnung eines Waffenstillstandes zustimmen, der einer bedingungslosen Kapitulation sehr ähnlich war.

Die Novemberrevolution von 1918 war eine Hunger- und Erschöpfungsvolte, aber als solche ein ebenso reizvoller wie günstiger Nährboden für die bolschewistische Infektion.

Weimar

Unerbittlicher Gegner jeglicher russischer Einmischung in die deutsche Revolution war die Sozialdemokratie unter Eberts Führung. Er setzte binnen Monatsfrist unter Verzicht auf noch so verlockende sozialistische Experimente die Wahl einer Nationalversammlung durch. Diese verabschiedete in Weimar, da Berlin von kommunistischen Aufständen bedroht war, innerhalb von sechs Monaten eine neue Verfassung. Aus dem monarchisch-aristokratischen Militär- und Verwaltungsstaat wurde eine bürgerlich-parlamentarische Demokratie. Diese deutsche Demokratie war improvisiert, sie war nicht vorgedacht, ersehnt und erkämpft. Sie füllte lediglich ein Vakuum aus, das durch den Sturz der Monarchie entstanden war.

Aus dem eben geschilderten Gegensatzpaar des Bismarckschen Reiches zwischen imperialistischer Außen- und konservativer Innenpolitik einerseits, außenpolitischer Genügsamkeit und innerstaatlicher Verfassungsrevision andererseits entstand jetzt ein neues Gegensatzpaar zwischen monarchischer Restauration und Kampf gegen Versailles auf der einen, behutsamer Revisionspolitik und demokratischer Verfassungstreue auf der anderen Seite. Symbol des erbitterten innenpolitischen Zweifrontenkrieges war der unselige Flaggenstreit zwischen Schwarz-weiß-rot und Schwarz-rot-gold. Hinter der Parole des Kampfes gegen Versailles verbarg sich das Streben nach Beseitigung der parlamentarischen Demokratie und der Restauration der Gesellschaftsordnung vor 1914. Träger dieser gegenrevolutionären Richtung waren vor allem die Schwerindustrie und der ostelbische Großgrundbesitz mit einem starken Anhang in breiten bürgerlichen Schichten. Hier wirkte die Dolchstoßlegende und die Sehnsucht nach dem alten Glanz.

So hatte der neue Staat, bar aller Tradition, bei der instinktiven Abneigung, ja sogar Verachtung einer starken Minderheit, auf Jahre belastet mit den Aufräumarbeiten der Nachkriegszeit, dem Neuaufbau im Innern und der Abtragung der außenpolitischen Hypothek, einen schweren Start.

In Erkenntnis dieser Lage hatte die Nationalversammlung neben dem Reichstag als obersten Gesetzgeber und neben der vom Parlament abhängigen Regierung die Institution eines vom Volk gewählten, mit kaiserlichen Machtbefugnissen ausgestatteten Reichspräsidenten geschaffen. Dieser ernannte die Regierung und die Beamten, war Oberbefehlshaber der Wehrmacht, konnte den Reichstag auflösen und an das Volk appellieren. In Notzeiten verfügte er über eine diktatorische Gewalt. Die die Verfassung gestaltenden Parteien mißtrauten ihrer eigenen Fähigkeit zur Staatsführung in Krisen- und Konfliktzeiten noch allzu sehr, um einen Ersatzkaiser, einen Diktator auf Widerruf, entbehren zu können. Keine Partei verfügte über die absolute Mehrheit, stets mußten mehrere eine Regierung bilden. Das Verhältniswahlrecht förderte die Parteizersplitterung, erschwerte die Regierungsbildung und lähmte die Kraft des Regierens. Die meisten Kanzler waren nicht mehr als brave Mittler. Die

machtvolle Stellung des Staatsoberhauptes behinderte zumindest das Aufkommen starker Kanzlerfiguren. Die Republik hat nur zwei wirklich führende Regierungschefs gehabt, nämlich Stresemann und Brüning. Stresemann war zwar im November 1923 vom Reichstag, nicht von Ebert, abberufen worden, aber indem Ebert ihm das Recht der Reichstagsauflösung verweigerte, hinderte er ihn am Verbleiben im Amt. Brüning wurde im Mai 1932 praktisch von Hindenburg entlassen.

Sozialdemokratie und Zentrum

Die Reichsfeinde der Bismarckschen Zeit waren nunmehr die Träger der Weimarer Republik. Die festgefügte, traditionell disziplinierte Sozialdemokratie und das durch Dogma und Hierarchie der katholischen Kirche verbundene Zentrum waren die beiden politischen Säulen der Demokratie. Letzteres war wirklich das Zentrum des parlamentarischen Kräftespiels, es konnte sowohl nach rechts wie nach links Regierungen bilden. An allen Reichsregierungen außer denen von Papen und Schleicher, an allen preußischen, bayerischen und badischen Landesregierungen war es beteiligt. Trotzdem hat das Zentrum seine Geschlossenheit, seinen Stimmen- und Mandatsanteil in allen Wahlen erstaunlich gewahrt, während die Sozialdemokratie erhebliche Einbußen erlitt, im wesentlichen zugunsten der Kommunisten.

Sie hatte eben den Hauptteil der Verteidigung der Demokratie zu tragen und mußte um derenwillen immer wieder auf einen Teil ihrer sozialpolitischen Forderungen verzichten, was von vielen ihrer Anhänger nicht verstanden wurde. Die Demokraten, die in der Nationalversammlung die drittstärkste Partei gewesen waren, schrumpften mangels Resonanz in der Wählerschaft bald zusammen. Weite Kreise des Protestantismus, die im Kaiserreich zu den Konservativen und Nationalliberalen tendiert hatten, hatten mit dem Sturz der Monarchie ihre Orientierung verloren, sie waren politisch heimatlos geworden. Je deutlicher es sich zeigte, daß keine wirklichen Aussichten für die monarchische Restauration bestanden, desto nachhaltiger vollzog sich der Zersetzungsprozeß der protestantischen Parteien.

Ernster Gefahrenherd

In dieser breiten Schicht des bürgerlichen, politisch heimatlosen Protestantismus lag ein ernster Gefahrenherd. Zunächst waren Mittelpunkt dieser rechtsorientierten Protestanten die Deutsch-Nationalen, die ehemals Konservativen mit einem gegenrevolutionären Flügel und einem gemäßigten, grundsätzlich verständigungsbereiten Flügel, der aber nur über einen kleinen Anhang verfügte. An die Stelle der Nationalliberalen, die im Kaiserreich eine bürgerliche Bismarckpartei gewesen waren, war unter Stresemanns Führung die Deutsche Volkspartei getreten. Sie bildete zunächst den linken Flügel des schwarz-weiß-roten Blockes und wurde erst 1923, als Stresemann Reichskanzler wurde, dank seiner energischen Führung zur Tuchfühlung mit den republikanischen Parteien gedrängt, schwenkte aber sofort nach seinem Tod wieder nach rechts ab. Rechts von den Deutsch-Nationalen entstand die Deutsch-Völkische Freiheitspartei, die später in der Nationalsozialistischen Partei aufging, links von der Sozialdemokratie die Kommunisten.

Die Sozialdemokraten, aber noch sehr viel mehr die Deutsch-Nationalen mußten darauf achten, daß sie nicht zuviele Wähler an ihre radikalen Flügelparteien verloren, und damit manchmal radikaler auftraten, als ihnen selber erwünscht war. So konnten auf die Dauer nur die Mittelparteien regieren, die dadurch einer ständigen, starken Abnutzung ausgesetzt waren. Zweimal beteiligten sich die Deutsch-Nationalen an der Reichsregierung, und beide Male mußten sie unter dem Druck ihrer Anhänger wieder ausscheiden. Revisionspolitik, staatliche Konsolidierung und innerer Aufbau in ihrer Gleichzeitigkeit stellten aber auch Anforderungen an die Führenden, von denen nur wenige dem Ausmaß dieser außerordentlichen Aufgabe gewachsen sein konnten.

Dadurch, daß Ebert 1918 zum Reichspräsidenten gewählt wurde und es bis zu seinem Tode 1925 blieb, verlor die Sozialdemokratie in ihm ihren führenden Kopf und vermochte ihn bis 1933 nicht zu ersetzen. Es fehlte gerade dieser Massenpartei die starke Führung. Der Zentrumsabgeordnete Erzberger, ein kundiger und phantasiereicher, höchst energischer Finanzpolitiker, aber mehr ein wendiger, sehr vitaler Volkstribun als

ein Staatsmann, wurde 1921 von Rechtsradikalen ermordet. Dasselbe Schicksal erlitt ein Jahr später der Demokrat Walther Rathenau, ein Mann von einer großen außen- und wirtschaftspolitischen Konzeption, aber vielleicht zu weise für das politische Handwerk. Stresemann war der einzige wirklich bedeutende Parteiführer, allerdings einer kleinen Partei, die trotz seiner eigenen wachsenden Bedeutung klein blieb, sowohl ein großer Außenminister als auch ein großer Parlamentarier, mit einem Wort der bedeutendste Parlamentsminister. Er starb 1929, von der Aufgabe ebenso aufgezehrt wie Ebert. In ihm verlor das Parlament seine beherrschende Figur und geriet von da an immer mehr in den Zustand der Funktionsunfähigkeit. An bedeutenden Männern hat es der Weimarer Republik nicht gefehlt; daß sie ihr so frühzeitig durch den Tod entrissen wurden, gehört zu ihrer Tragik. Zwei überlebten sie: Brüning wurde im kritischsten Augenblick entlassen, Schacht ging zu ihrem Gegner über.

Fünf Jahre lang, von 1919–1924, rang das Reich um seine äußere und innere Existenz. An Versuchen, die Demokratie zu stürzen, hat es von der radikalen Rechten und der extremen Linken her nicht gemangelt. Die von Moskau gelenkten Kommunisten trachteten durch Aufstände eine Situation herbeizuführen, die Deutschland bolschewisierungsreif machte. Rechtsradikale versuchten 1920 durch den sogenannten Kapp-Putsch die Demokratie zu stürzen. Der Regierung gelang es immer wieder, mit Hilfe von Reichswehr und Polizei und beim Kapp-Putsch durch die Unterstützung der Gewerkschaften, dieser Aufstände Herr zu werden. Aber das Reich befand sich bis zum November 1923 in einer latenten Bürgerkriegssituation.

Passiver Widerstand

Deutschland hatte den Friedensvertrag unterzeichnet in der Hoffnung, daß er nicht in der vollen Härte durchgeführt werde, Frankreich hingegen, dessen Forderungen nach der Friedenskonferenz dank Wilsons und Lloyd Georges Eingreifen bei weitem nicht erfüllt wurden, in der Erwartung, daß sich in der politischen Praxis Gelegenheit zu einer Verschärfung und Ausdehnung der Friedensvertragsbestimmungen ergeben werde. Das Ziel der deutschen Außenpolitik war, durch zögernde Erfüllung eine schnelle und weitgehende Revision zu erreichen; das der französischen, durch unachgiebiges Bestehen auf Erfüllung das Reich zum Konkurs und damit zur Aufteilung zu treiben. Diese Auseinandersetzungen führten im Januar 1923 zur Besetzung des Ruhrgebietes durch die Franzosen. Frankreich wollte auf diese Weise die Abtrennung des ganzen Westens von Deutschland erreichen und forcierte mit aller Kraft die separatistischen Strömungen im Rheinland und in der Pfalz.

Gegen diese französische Invasion protestierte die Bevölkerung des Ruhrgebietes neun Monate lang durch passiven Widerstand — eine der grandiosesten waffenlosen Massendemonstrationen der Geschichte. Frankreich sperrte daraufhin die Ruhr, das wirtschaftliche Herz Deutschlands, vom Reich ab, während dieses den durch den passiven Widerstand entstandenen Lohnausfall tragen mußte. Die Folge war eine von Tag zu Tag steigende Entwertung der Mark, die zu einer ständig wachsenden wirtschaftlichen Not mit Streiks und Aufständen führte. In der kritischsten Situation, im August 1923, übernahm Stresemann die Regierung. Er brach den passiven Widerstand ab, ohne daß Frankreich die Besetzung des Ruhrgebietes zunächst aufgab, und verhinderte mit äußerster Kraftanstrengung die Abtrennung der westlichen Reichsgebiete, die unter wachsendem französischem Druck infolge der furchtbaren Notlage auch von seriösen deutschen Kreisen betrieben wurde. Deutschland stand vor dem Bürgerkrieg. Der Dollar stieg in die Millionen Mark. Im Osten drohten rechtsradikale, in Sachsen und Thüringen kommunistische Aufstände, in Bayern schien eine monarchisch-partikularistische Umwälzung bevorzustehen. In weiten Kreisen der Rechten wurde die Errichtung einer Diktatur geplant. Dieser Höhepunkt der Krise schien ein besonders günstiger Moment für die Restauration. Die äußerste Spannung wurde am 9. November von Hitler mit einem Putschversuch ausgelöst, der sofort niedergeschlagen wurde. Ebert und Stresemann waren mit Hilfe des Generals v. Seeckt, des Chefs der Heeresleitung, Herr der Lage geblieben. Der Bürgerkrieg war beendet, der Höhepunkt der inneren Krise überwunden. Wenige Tage später stabilisierte der Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht die Mark, deren Dollarwert inzwischen auf 4,2 Billionen Inflationsmark abgesunken war. Man sprach vom Wunder der Rentenmark.

Nunmehr griff Amerika vermittelnd in den deutsch-französischen Konflikt ein. Im September 1924 kam es zu einer vertraglichen Verständigung zwischen Deutschland und den Alliierten über die Reparationen. Frankreich räumte binnen Jahresfrist das Ruhrgebiet und verzichtete auf alle separatistischen Bestrebungen.

Nach dem Zusammenbruch des Hitlerputsches wurde ein neuer Bürgerkriegsversuch nicht mehr unternommen. Die Staatsmacht war zu stark, als daß es sich noch lohnte. Die deutsche Wirtschaft hatte seit der Marktstabilisierung wieder eine Grundlage. Von dieser Basis aus erlebte sie mit Hilfe großer amerikanischer Kredite einen erstaunlich schnellen und starken Aufstieg. Eine ordnungsgemäße Finanzgebarung war wieder möglich.

Wiederkehr normalen Lebens

Die Wiederkehr normalen Lebens und die Hebung des Lebensstandards führten auch zu einer politischen Konsolidierung der Demokratie. Diese innerstaatliche Verfestigung ermöglichte der Reichsregierung, deren Außenminister in wechselnden Koalitionen Stresemann mit seinem konstruktiven Programm geblieben war, eine stärkere Haltung gegenüber den Alliierten. Frankreich gab seine Pläne der Aufteilung des Reiches unter Ausweitung des Versailler Diktates auf. Stresemann erreichte eine Reihe von Milderungen des Vertrages.

In Locarno schloß Deutschland 1925 mit Frankreich einen Garantievertrag über die gemeinsamen Grenzen, in Berlin 1926 einen Neutralitätsvertrag mit Sowjetrußland ab und trat im gleichen Jahr in den Völkerbund ein. Durch diese Vertragskombination wurde das Reich geradezu zum Mittler zwischen Ost und West.

Im Februar 1925 starb Friedrich Ebert. Er war mit seiner lautereren und sicheren Überlegenheit während der Krisenjahre der ruhende Pol in dem aufgeregten, teils stürmischen Kräftespiel der jungen Demokratie gewesen. Treffend sagt Theodor Heuss von ihm: „Als Könige versagten, hat dieser Sohn des breiten Volkes sich königlich bewährt“. Wiederum traten die schwarz-weiß-rote und schwarz-rot-goldene Front zum Kampf an. Hindenburg wurde gewählt. Seine Wahl war ein sichtbarer Ausdruck der demokratischen Schwäche, wenn sie auch zunächst dank seiner Loyalität im Sinne einer Stabilisierung der Demokratie wirkte.

Deutschland erschien wieder als ein wohlgeordneter Staat und galt der Welt trotz seiner Rüstungsbeschränkung als Großmacht. Aber der schnelle Aufschwung täuschte, die Schwäche der Rekonvaleszenz mit ihren Gefahren leichter Anfälligkeit und schwerer Rückfälle war geblieben. Die Stabilisierung der Mark war mit einer vollständigen Enteignung des breiten Mittelstandes bezahlt. Die gesellschaftliche Umschichtung, die durch das Hinüberwechseln weiter Kreise von der Selbständigkeit in die Abhängigkeit entstanden war, mußte zugleich einen Herd politischer Unzufriedenheit schaffen.

Gemessen an der Zeit vor 1924 waren die außenpolitischen Erfolge Stresemanns groß. Aber sie wurden in der Bevölkerung nicht gewürdigt, weil der Vertrag von Versailles mit den hohen Reparationsforderungen, der Rüstungsbeschränkung und der Trennung des Reichsgebietes im Osten durch den polnischen Korridor schwer auf dem Volk lastete. Es fehlte an politischer Geduld, die ohnehin dem Deutschen nicht liegt und in Sonderheit dem Rekonvaleszenten häufig überhaupt fehlt. Zwar wurde Hitler nur von einem kleinen Teil des Volkes beachtet. Aber um so systematischer und energischer wirkte mit der noch in keiner Weise abgenutzten Parole des Kampfes gegen Versailles auf die Meinungsbildung der gegenrevolutionäre Führer der Deutsch-Nationalen, Alfred Hugenberg, ein Mann der Schwerindustrie. Er verfügte mit deren Geld über den größten Pressekonzern und das bedeutendste Filmunternehmen im autoritären, antirepublikanischen Geist. Schwerindustrie und ostelbische Großlandwirtschaft hatten es verstanden, sich auch in der Demokratie eine zwar nicht wie im Kaiserreich beherrschende, so doch weit über ihren ökonomischen Bereich hinausgehende einflußreiche politische Stellung zu verschaffen, wozu ihnen mittelbar die Alliierten durch den Versailler Vertrag verholten hatten. Die Rüstungsbeschränkung des Friedensdiktates gab der Schwerindustrie im Hinblick auf eine deutsche Wiederaufrüstung Anspruch auf besonderen Schutz, und die Landwirtschaft leitete diesen Anspruch aus ihrer Grenzlandposition in den durch Polen verstümmelten

Ostgebieten her. Sie waren beide die größten Gegner der Republik und ihre stärksten Nutznießer zugleich. Über sie hielt die Reichswehr ihre schützende Hand aus Rüstungsüberlegungen und dank traditioneller Beziehungen des Offizierskorps zu ihren Kreisen. Die Reichswehr aber war bei aller militärischen Leistungsfähigkeit eine der Demokratie wesensfremde, nach monarchischen Prinzipien aufgebaute, weitgehend demokratischer Kontrolle sich entziehende, autonome Macht im Staat mit einem starken politischen Einfluß, vor allem, seitdem Hindenburg Präsident war. Die rigorose Beschränkung durch den Versailler Vertrag gab ihr den Anspruch auf Illegalität und damit auf ein unkontrolliertes Eigenleben.

Sie war nicht ein Instrument der Gegenrevolutionäre schlechthin, aber sie war nicht entschieden antigegegenrevolutionär. So hatten sich diese drei Faktoren — Schwerindustrie, Großlandwirtschaft und Militär — auch in der Demokratie einen großen Teil ihrer Vormachtstellung, die sie in der Monarchie gehabt hatten, zu erhalten verstanden.

Weltwirtschaftskrise

Als im Herbst 1929, mit einem Börsenkrach in New York einsetzend, die große Weltwirtschaftskrise hereinbrach, traf sie das von ausländischen Krediten und vom Export abhängige Deutschland am ehesten und am stärksten. Sofort zeigte sich die durch die Konsolidierungsjahre verschleierte Schwäche. Schon im Winter stieg die Arbeitslosenziffer auf zwei Millionen. Die sozialen Spannungen vermehrten sich, und sehr schnell wurde deutlich, wie wenig die deutsche Demokratie Wurzel gefaßt hatte.

Am 3. Oktober 1929 starb Stresemann. Er war nicht nur der Deutsche des höchsten Ansehens im Ausland, sondern hatte auch in der Innenpolitik das stärkste Gewicht. Er war der eigentliche Konstrukteur aller Regierungskoalitionen gewesen. Als gleich nach seinem Tode im Reichstag die große Auseinandersetzung um die Verteilung der durch die Arbeitslosigkeit entstandenen Lasten begann, fehlte seine Autorität. Die Regierungskoalition unter Führung des Sozialdemokraten Hermann Müller, an der auch Stresemanns Partei beteiligt war, zerbrach. Hindenburg ernannte auf Vorschlag von General Schleicher, der praktisch damals der Staatssekretär im Reichswehrministerium war, den Zentrumsabgeordneten Heinrich Brüning, der bisher der Geschäftsführer des deutschen Gewerkschaftsbundes und einer der angesehensten Finanzexperten im Reichstag gewesen war, zum Reichskanzler.

Brüning war ein konservativer Katholik mit einer ausgeprägten sozialen Haltung, aber von großer Unabhängigkeit und mit einem starken sittlichen Verantwortungsbewußtsein. Als im Sommer 1930 der Reichstag Brünings Sanierungsprogramm nicht annahm, löste dieser ihn auf. In den Wahlen erhielten die Nationalsozialisten 107 — sie waren nunmehr die zweitstärkste Partei — die Kommunisten 77 Mandate. Da eine parlamentarische Mehrheit für die Regierung sich nicht mehr fand, regierte Brüning mit Hilfe von Notverordnungen. Er war der vom Reichspräsidenten eingesetzte, vom Parlament geduldete Diktator. Trotz aller Gegensätze tolerierte ihn auch die Sozialdemokratie, eben wegen seiner Gewissenhaftigkeit in der Einhaltung der Verfassung. Seine schärfsten Gegner waren Hugenberg und Hitler. Brüning wollte die Krise meistern und gleichzeitig die Demokratie bewahren, Hugenberg und Hitler wollten mit der Krise die Demokratie beseitigen.

Die Zahl der Arbeitslosen war im Winter 1931 auf 6–7 Millionen gestiegen. Wo der Hunger anfängt, hört der Verstand auf. In diese Radikalisierungsbereitschaft der Massen stieß Hitler, der in der Massenföhrung allen deutschen Politikern turmhoch überlegen war, mit ungehemmter demagogischer Wucht herein und erweiterte und vertiefte sie. Treffend sagt der Tübinger Psychiater Ernst Kretschmer: „Die Psychopathen sind immer da, aber in den kühlen Zeiten begutachten wir sie, in den heißen beherrschen sie uns“! Hitler wurde der Prophet der durch die Inflation Enterbten und der durch die Arbeitslosigkeit Entrechteten — soweit diese nicht in festgefügtten Organisationen der Sozialdemokratie und den Kommunisten angehörten — der durch die Republik Enttäuschten und der nach Abenteuer sich Sehnenen. Unbeirrt von Hugenbergs Pressekampagne, die nunmehr Brüning ebenso scharf bekämpfte wie ehemals Stresemann, und von der Hitlerschen Massenverführung, ging Brüning zielsicher, mit einer für einen deutschen Politiker seltenen Geduld seinen Weg, aus der Erfahrung vor 1923 wissend, daß mit sinkender Krise auch der Radikalismus schrumpft. Im März 1932 lief die Wahlzeit Hindenburgs

ab. Eine Wahl Hitlers, des Kandidaten des schwarz-weiß-roten Blockes, die zur Entlassung des Kanzlers und zur Auflösung des Reichstages geführt haben würde, wurde nur dadurch verhindert, daß die schwarz-rot-goldene Front Hindenburg wählte.

„100 Meter vor dem Ziel“

Dieser hatte die formale Gerechtigkeit vorstellung eines Feldwebels. 1925 war er von rechts gewählt und hatte sich daher nach links geneigt. 1933 hatte links für ihn gestimmt, und er fühlte sich damit nach rechts gedrängt. Die Wahl hatte Hindenburgs Macht noch mehr gestärkt, denn sein Rücktritt hätte die Machtergreifung durch Hitler zur Folge gehabt. Von ihm allein hing also die Existenz der deutschen Demokratie ab. Die Rechten setzten sich nach ihrer Niederlage bei den Präsidentenwahlen noch einmal mit letzter Energie dafür ein, Brüning zu stürzen. Würde es diesem gelingen, die Krise zu meistern — und die zu erwartenden Erfolge in der Reparations- und Rüstungsfrage würden einen wesentlichen Beitrag darstellen — dann würde er der große Mann der Zukunft sein und damit wäre die Demokratie gesichert. Diesem Ansturm erlag Hindenburg, dessen gesellschaftliche Umgebung infolge seiner Herkunft stark von Gegenrevolutionären, vor allem aus der Großlandwirtschaft, durchsetzt war. Eine der treibenden Kräfte ist Schleicher gewesen. Ihm ging nicht nur die Brüning'sche Außenpolitik zu langsam, er spielte wahrscheinlich auch mit dem Gedanken der Restauration, deren Chance nach Überwindung der Krise erledigt gewesen wäre.

So verlangte Hindenburg am 31. Mai 1932 von Brüning Verhandlungen mit Hitler und Hugenberg über die Regierungsneubildung sowie Neuwahlen des Reichstages. Beides lehnte Brüning ab, denn beides hätte zum Sturz der Demokratie geführt. Diese Weigerung bedeutete seine Entlassung. Er war der letzte parlamentarisch-demokratische Kanzler gewesen. Mit seinem Rücktritt beginnt das Ende der Weimarer Republik.

Brüning hatte mit harter Hand die innerstaatlichen Sanierungsmaßnahmen soweit vorgetrieben, daß sie sich bei Krisenrückgang sofort auswirken würden. Er verabscheute Scheinerfolge und hatte die Geduld, auf konkrete Ergebnisse zu warten. Sie waren nun zu erwarten. Brüning stand, wie er 14 Tage vor seiner Entlassung im Parlament gesagt hatte, „100 Meter vor dem Ziel“. Gerade deswegen mußte er gehen.

Sein Nachfolger wurde Franz von Papen, ein der breiteren Öffentlichkeit bisher unbekannter katholischer Gegenrevolutionär. Diesem gelang es dank Brüning's Vorbereitung, auf der Lausanner Konferenz im Juni 1932 die endgültige und völlige Einstellung der Reparationsleistungen gegen eine einmalige deutsche Leistung von drei Milliarden zu erreichen. Mit Hilfe eines Staatsstreiches setzte Papen die seit zwölf Jahren fast unverändert bestehende demokratische Regierung Preußen ab und unterstellte dieses letzte große republikanische Bollwerk Deutschlands und damit dessen starke Polizeikräfte der Reichsregierung, wodurch er gleichzeitig eine nationalsozialistische Machtergreifung in Preußen verhindern wollte. Papen war weder Demokrat noch Faschist. Sein Ziel war die Restauration nach dem Muster der konstitutionellen Monarchie, eben ein starkes Übergewicht des Staatsoberhauptes über das Parlament, vor allem dessen Ausschließung von der Regierungsbildung. Die Restaurationsparteien — Deutsch-Nationale, Volkspartei und einige Splitterparteien — reichten als Basis für eine Regierungsbildung aber bei weitem nicht aus. Als nach der ersten Reichstagsauflösung die Nationalsozialisten im Juli 1932 ihre Mandatszahl von 107 auf 230 erhöhten, versuchte Papen vergeblich, Hitler zu einer Regierungsumbildung unter seiner eigenen Führung, gleichsam als Vorspann der Restauration, zu gewinnen. Dieser Fehlschlag führte zur zweiten Reichstagsauflösung. Die darauf folgenden Wahlen im November 1932 brachten Papen auch keine Mehrheit, wenn auch die Nationalsozialisten zwei Millionen Stimmen, das sind 34 Mandate, verloren. Dem Plan Papens, nunmehr im Wege des Staatsnotstandes National-

sozialisten und Kommunisten mit Hilfe der Reichswehr und Polizei zu unterdrücken, stimmt zwar Hindenburg zu, aber widersprach der Reichswehrminister von Schleicher. Dieser wollte sich wohl nicht für die Restaurationspolitik des unpopulären Kanzlers einsetzen und sich in einen Bürgerkrieg nach zwei Seiten stürzen, denn die Gelegenheit, in diesem Staatsnotstand gleichzeitig gegen Sozialdemokratie und Gewerkschaften vorzugehen, war nur allzu verlockend. Praktisch stürzte Schleicher Papen und wurde selbst Kanzler.

Historische Schuld

Sein Versuch, die Nationalsozialisten zu spalten, mißlang, und ebenso scheiterte er an der Sozialdemokratie mit seinem Plan, in Anlehnung an die Gewerkschaften unter Ausschaltung der Parteien eine soziale und autoritäre Regierung, eine Art provisorische Diktatur, zu bilden. Nunmehr erbat Schleicher vom Reichspräsidenten die gleiche Vollmacht für einen Staatsnotstand, die er selber Papen abgelehnt hatte. Hindenburg verweigerte sie ihm eben mit dem Hinweis auf Schleichers eigene Argumente vor zwei Monaten.

Darauf trat Schleicher zurück. Der gesamte gegenrevolutionäre Block, die Restaurationsparteien unter Hugenberg wie die Nationalsozialisten waren Schleichers Gegner, die demokratischen Parteien mißtrauten dem allzu wendigen, nach vielen Richtungen schillernden General ebenso wie Hindenburg. Dieser wurde von Papen, der den Sturz durch Schleichers Hand nicht verwunden hatte, unablässig bearbeitet, nunmehr ein Kabinett Hitler, der durch konservative Kräfte wie Hugenberg und durch Fachmänner eingeeignet werden sollte, zu bilden. Hindenburg wehrte sich bis zuletzt gegen eine Kanzlerschaft Hitlers, auch unter den diesen eingrenzenden Bedingungen Papens. Eine merkwürdige Rochade hatte sich zwischen Papen und Schleicher vollzogen. Jener betrieb die Bildung einer Regierung unter Hitler, die er bisher verworfen hatte, dieser förderte den Ausnahmezustand, den er vor kurzem noch verweigert hatte. Der greise Reichspräsident übersah diese verwickelte Situation in ihrer ganzen Entscheidungsschwere nicht mehr. Er vertraute lediglich dem ihm persönlich sympathischen Papen. Mit der Betrauung Hitlers als Reichskanzler glaubte er wieder eine verfassungsmäßige Parlamentsregierung geschaffen zu haben, und seine Berater redeten ihm dies ein. Die Verfassungsformen wurden strikt eingehalten, aber mit ihrer Anwendung ihr Todfeind betraut. Die nicht nationalsozialistischen Gegenrevolutionäre kalkulierten anders. Hitler werde sich in der Führung der praktischen Politik schnell abnutzen, dann würden sie die Demokratie von Hitler befreien — durch die Restauration. Daß Ebert und die deutsche Sozialdemokratie 1918 den Versuchen des Bolschewismus nicht erlagen, sondern sein Eindringen in Deutschland unter Preisgabe der eigenen Parteidoktrinen verhinderten, bleibt ihr historischer Verdienst. Daß die Gegenrevolutionäre die sie verführende und dann vernichtende Gewalt des ihnen vitalitätsmäßig weit überlegenen Nationalsozialismus, die andere sahen, nicht erkannt haben, bleibt ihre historische Schuld.

Anmerkung

Adelbert Weinstein, geb. 7. 5. 1916, im Kriege aktiver Offizier (Major im Generalstab), jetzt Redakteur der Frankfurter Allgemeinen, Verfasser des Buches „Armee ohne Pathos“.

José Ignacio Escobar Marques de Valdeiglesias ist gegenwärtig Staatsrat im Consejo permanente de Estado und Präsident des europäischen Dokumentationszentrums in Madrid. Er war Direktor der Zeitschrift „Epoca“, ist heute Mitarbeiter der Zeitschriften „Revista de Estudios políticos“ und „Arbor“ und war Mitbegründer der „Acion Espagnola“, einer Vereinigung zur Pflege der politischen Meinungsbildung. Er veröffentlichte mehrere Arbeiten über die Gefahr des Kommunismus. Seine Vortragsreise durch Deutschland begann er mit einem Vortrag „Spanien und Europa“, den er am 9. Februar 1954 auf Einladung der „Abendländischen Akademie“ in den Räumen des Verlages Neues Abendland in München gehalten hat.

Professor Dr. Theodor Eschenburg, geb. 24. 10. 04 in Kiel. Min.-R. im Innenministerium, Hon.-U.-Prof. Tübingen. Lehrgebiet: Politik.

POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

AUS DEM INHALT UNSERER NÄCHSTEN BEILAGEN:

Earl Alexander of Tunis: „Rede im Oberhaus vom 16. 3. 1954“

Bernhard Brodie: „Atomwaffen: Strategie oder Taktik?“

Prof. Dr. Freiherr von der Heydte: „Freiheit und Sicherheit in der modernen Demokratie“

Kurt Georg Kiesinger: „Haben wir noch den Bürger? Die Problematik des Parteienstaates“

Adelbert Weinstein: „Die Verteidigung ist unteilbar“

*** „Atombilanz 1953 — Wirkung, Transport und Abwehr atomarer Waffen“

Englisches Weißbuch: „Statement of Defense“

Eine Zusammenstellung der aktuellen politischen Literatur: „Im Brennpunkt Zeitgeschichte“
